

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 20/11831 –**

### **Regionale Verteilung von Fördermitteln aus Förderprogrammen und Einzelförderungen des Bundes**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Deutschland ist das Land der Regionen. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, Nord und Süd, Ost und West zu gewährleisten, ist eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Eine Benachteiligung einzelner Regionen ist sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes als auch für die Stabilität unserer Gesellschaft nach Auffassung der Fragesteller hochproblematisch. Das gilt auch für die Förderpolitik der Bundesregierung. Diese muss effizient und ausgewogen sein.

1. Wird bei der Vergabe von Fördermitteln seitens der Bundesregierung auf eine gleichmäßige regionale Verteilung der Mittel geachtet, und wenn ja, wie wird die gleichmäßige Verteilung sichergestellt?

Die Kriterien, nach denen über die Bewilligung von Fördermitteln entschieden wird, ergeben sich in der Regel aus einer Fördergrundlage (z. B. Förderrichtlinie) und hängen u. a. von den Förderzielen, der Zielgruppe, der Art der Intervention und dem jeweiligen Auswahlverfahren ab. Insofern ergibt sich im Einzelfall, ob und wie die regionale Verteilung von Fördermitteln auf Ebene der einzelnen Fördermaßnahmen gesteuert wird.

Die regionale Verteilung von Fördermitteln der regionalpolitischen Förderprogramme des „Gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen“ wird erstmals im Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung dargestellt. Der Bericht wird voraussichtlich noch im Sommer 2024 vom Bundeskabinett beschlossen und veröffentlicht.

2. Wie hoch waren die geleisteten Zuwendungen nach §§ 23 und 44 der Bundeshaushaltsordnung für Förderprogramme des Bundes in den Jahren 2017 bis 2023 insgesamt (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Zur Frage wurde im Rahmen der verfügbaren Zeit eine Auswertung auf Basis der Zuwendungsdatenbank des Bundes mit Stand Juni 2024 für die Ressorts AA, BK, BKM, BMAS, BMBF, BMEL, BMF, BMFSFJ, BMG, BMI, BMJ, BMUV, BMWK, BMWSB und BMZ durchgeführt. Eine Differenzierung nach Zuwendungen für Förderprogramme und Einzelförderungen erfolgte hierbei nicht.

Sofern in der Zuwendungsdatenbank eine Angabe zum Bundesland enthalten war, in dem das Vorhaben ausgeführt wird, wurde diese Angabe ausgewertet, sonst nach Angabe des Bundeslands des Zuwendungsempfängers (bei großen Einrichtungen in der Regel der Hauptsitz bzw. Sitz der Verwaltung). Die folgenden Angaben sind daher unter Vorbehalt zu interpretieren, da diese ggf. nicht der regionalen Verteilung in Bezug auf die Zielgruppe bzw. den Umsetzungsort eines Vorhabens entsprechen, z. B. bei größeren Organisationen mit mehreren Standorten oder Weiterleitungsverhältnissen.

Höhe der Zuwendungen Bund insgesamt in Tsd. Euro.

Bundesland	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Baden-Württemberg	1.694.944	1.691.801	1.923.754	2.219.092	2.665.626	2.933.015	3.762.468
Bayern	1.390.668	1.395.973	1.638.869	1.992.496	2.686.446	2.947.057	3.691.299
Berlin	2.420.760	2.511.585	2.679.040	3.003.222	3.504.109	3.552.279	3.487.732
Brandenburg	405.923	315.438	319.154	509.421	585.453	584.816	683.946
Bremen	191.168	180.956	191.344	201.524	217.535	243.422	245.168
Hamburg	357.195	343.964	385.861	424.205	521.345	494.008	1.049.764
Hessen	839.869	913.774	937.854	1.077.608	1.341.749	1.505.261	1.676.221
Mecklenburg-Vorpommern	168.501	176.872	169.706	253.410	275.671	293.830	257.624
Niedersachsen	746.651	769.075	825.262	918.017	1.099.398	1.241.301	1.804.538
Nordrhein-Westfalen	4.455.476	5.353.672	4.567.817	3.804.962	4.627.640	5.088.147	6.023.836
Rheinland-Pfalz	350.018	290.818	320.568	692.476	509.075	693.439	826.397
Saarland	115.744	117.216	111.203	116.350	149.238	165.611	221.696
Sachsen	752.851	820.902	907.767	986.894	860.750	1.163.697	1.204.153
Sachsen-Anhalt	270.779	240.074	229.023	242.869	307.786	280.537	323.135
Schleswig-Holstein	252.737	258.201	266.297	292.530	367.860	409.421	541.201
Thüringen	315.422	281.201	298.891	332.339	446.538	423.762	448.862

Das Fördercontrolling im BMDV erfasst seit 2020 die Mittel für geleistete Zuwendungen nach den §§ 23 und 44 der Bundeshaushaltsordnung für Förderprogramme des Bundes auf der strategischen Ebene. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, erfolgt nicht. Insofern meldet das BMDV folgenden, gerundeten Mittelabfluss.

Jahr	Mittelabfluss
2020	2,1 Mrd. Euro
2021	3,8 Mrd. Euro
2022	3,6 Mrd. Euro
2023	4,3 Mrd. Euro

Beim Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) existieren keine zuwendungsrechtlichen Förderprogramme. Die im Geschäftsbereich des BMVg vergebenen Zuwendungen gemäß den §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung wur-

den als Einzelförderungen vergeben. Zu Frage 2 wird daher Fehlanzeige gemeldet.

3. Wie hoch waren die bisher vom Bund geleisteten bzw. genehmigten Förderungen im Rahmen des Förderprogramms „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ seit der Einführung des Förderprogramms (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Die Förderrichtlinie „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ (DAS-FRL) wurde 2011 im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) an den Klimawandel als eine von vielen Maßnahmen initiiert, um die Eigenvorsorge auf regionaler und lokaler Ebene zu stärken. Mit einer im Jahr 2021 erfolgten Neuausrichtung der Förderrichtlinie beabsichtigt das BMUV, Betroffene des Klimawandels künftig noch passgenauer zu fördern. Ziel ist es, Akteurinnen und Akteure, insbesondere Kommunen und kommunale Einrichtungen, darin zu unterstützen, die notwendigen Klimaanpassungsprozesse in Deutschland möglichst frühzeitig, systematisch und integriert in Übereinstimmung mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung anzugehen. Bis 2021 war das Auswahlverfahren zweistufig, ab 2021 einstufig mit Ausnahme des Förderschwerpunktes B. Insbesondere in den „neuen Bundesländern“ gab es ggü. den übrigen Ländern verhältnismäßig weniger Skizzeneinreichungen im zweistufigen Verfahren. Daher fällt die Summe der Bundeszuwendung für die neuen Bundesländer geringer aus.

Fördermittel in Euro.

Bundesland	2011 bis 2019*	2020	2021	2022	2023	2024
Baden-Württemberg	1.240.438	423.109	389.684	343.787	1.137.169	1.630.343
Bayern	1.885.930	327.756	365.468	356.856	552.841	1.332.330
Berlin	3.311.709	373.193	369.887	473.813	803.620	1.064.644
Brandenburg	1.335.949	44.076	126.676	123.922	278.781	624.829
Bremen	720.169	61.574	53.089	53.068	81.183	126.053
Hamburg	1.433.007	263.963	234.953	302.256	319.706	368.781
Hessen	1.599.185	272.844	491.283	374.984	642.653	2.359.486
Mecklenburg-Vorpommern	688.992	55.067	65.985	103.689	165.236	476.133
Niedersachsen	3.362.863	596.588	539.248	592.478	1.430.847	1.768.686
Nordrhein-Westfalen	3.639.605	936.590	669.563	962.194	1.550.935	4.427.670
Rheinland-Pfalz	1.449.870	510.505	361.324	230.261	1.071.674	2.034.768
Saarland	315.291	83.976	138.914	51.669	129.277	103.528
Sachsen	727.539	195.308	111.298	6.098	232.718	524.231
Sachsen-Anhalt	892.795	95.874	4.607	0	0	0
Schleswig-Holstein	1.378.644	186.106	156.513	319.991	335.250	429.696
Thüringen	567.430	160.266	125.166	119.291	81.604	43.883

\* Eine Auswertung der Jahresscheiben ist nur bis 2020 möglich.

4. Wie hoch waren die bisher vom Bund geleisteten bzw. genehmigten Förderungen im Rahmen des Förderprogramms „KMU-innovativ: Energieeffizienz, Klimaschutz und Klimaanpassung“ seit der Einführung des Förderprogramms (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Die Förderrichtlinie wurde am 1. März 2024 veröffentlicht, die ersten Bewilligungen werden voraussichtlich 2025 ausgesprochen.

5. Wie hoch waren die bisher vom Bund geleisteten bzw. genehmigten Förderungen im Rahmen des Förderprogramms „KfW-Umweltprogramm“ seit der Einführung des Förderprogramms (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Fördermittel in Tsd. Euro.

Bundesland	2023*	2024
Baden-Württemberg	0	2.395
Bayern	0	904
Berlin	0	0
Brandenburg	0	0
Bremen	0	0
Hamburg	0	0
Hessen	0	239
Mecklenburg-Vorpommern	0	0
Niedersachsen	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	730
Rheinland-Pfalz	0	0
Saarland	0	0
Sachsen	0	0
Sachsen-Anhalt	0	0
Schleswig-Holstein	0	0
Thüringen	0	151

\* Start des Förderprogramms: 5. Juni 2023

Es wird darauf hingewiesen, dass das KfW-Umweltprogramm mit Ausnahme des in der obigen Tabelle abgebildeten Fördermoduls „Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes in Unternehmen“ (ANK Maßnahme 7.13) aus Eigenmitteln der KfW finanziert wird.

6. Wie hoch waren die bisher vom Bund geleisteten bzw. genehmigten Förderungen im Rahmen des Förderprogramms „Städtebauförderung“ seit der Einführung des Förderprogramms (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Die Städtebauförderung wird als Bundesfinanzhilfe an die Länder gewährt. Seit der Neustrukturierung der Städtebauförderung 2020 wurden insgesamt Bundesmittel in Höhe von 3.605.638.907,94 Euro an die Länder vergeben.

Bundesfinanzhilfen in Tsd. Euro.

Bundesland	2020	2021	2022	2023	2024
Baden-Württemberg	75.985	74.508	79.021	60.118	76.454
Bayern	73.480	63.717	70.312	73.618	92.878
Berlin	30.770	32.027	44.699	50.839	41.348
Brandenburg	45.495	46.409	45.809	45.026	41.991
Bremen	4.706	4.858	10.840	3.855	5.840
Hamburg	13	13.999	14.074	14.109	14.517
Hessen	23.056	25.481	34.069	46.520	51.068
Mecklenburg-Vorpommern	21.907	30.710	29.274	46.129	27.895
Niedersachsen	50.800	45.856	49.555	68.343	67.251
Nordrhein-Westfalen	107.642	125.968	140.806	149.510	147.207
Rheinland-Pfalz	15.767	20.873	19.759	27.651	33.289

Bundesland	2020	2021	2022	2023	2024
Saarland	5.649	4.876	4.496	6.110	9.371
Sachsen	92.317	76.206	74.833	79.875	71.186
Sachsen-Anhalt	43.928	46.164	45.425	46.125	45.649
Schleswig-Holstein	19.392	21.426	17.477	27.935	22.382
Thüringen	33.598	29.160	31.695	41.539	37.724

7. Wie hoch waren die bisher vom Bund geleisteten bzw. genehmigten Förderungen im Rahmen des Förderprogramms „KMU-innovativ: Ressourceneffizienz und Klimaschutz“ seit der Einführung des Förderprogramms (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Auf die Anlage wird verwiesen.\*

8. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die bisher geleisteten bzw. genehmigten Förderungen im Rahmen des Förderprogramms „Umweltschutzförderung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt“ seit der Einführung des Förderprogramms (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Es wird darauf hingewiesen, dass die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) als privatrechtliche Stiftung aus Eigenerträgen, die sie aus dem Stiftungskapital generiert, Projekte fördert. Es werden seit der Gründung keine weiteren Mittel aus dem Bundeshaushalt für die Förderung bereitgestellt. Die DBU fördert auf Grundlage der Förderleitlinien, die das Kuratorium festgelegt hat. Es gibt keinen Länderproporz, jedoch verteilen sich die Förderempfänger, wie aus der Anlage ersichtlich, auf alle Bundesländer. Die Förderung fließt gemäß Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsche Bundesstiftung Umwelt“ überwiegend an kleine und mittlere Unternehmen. Ferner wird darauf hingewiesen, dass der Fördervertrag der DBU mit dem jeweiligen Bewilligungsempfänger geschlossen wird. Bei vielen Projekten werden Mittel vom Bewilligungsempfänger an Kooperationspartner weitergeleitet. Diese können ihren Firmensitz in einem anderen Bundesland haben. Dies kann vorliegend nicht abgebildet werden.

Fördermittel in Tsd. Euro.

Bundesland	1991 bis 2024
Baden-Württemberg	170.812
Bayern	179.642
Berlin	137.247
Brandenburg	62.457
Bremen	23.227
Hamburg	54.278
Hessen	87.213
Mecklenburg-Vorpommern	53.861
Niedersachsen	247.620
Nordrhein-Westfalen	255.005
Rheinland-Pfalz	35.991
Saarland	14.211
Sachsen	161.439
Sachsen-Anhalt	60.403

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/12143 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Bundesland	1991 bis 2024
Schleswig-Holstein	47.285
Thüringen	77.951

In der gegebenen Zeit ist es der DBU nicht möglich, Daten auf Ebene der Länder und Jahresscheiben zur Verfügung zu stellen.

9. Wie hoch waren die bisher vom Bund geleisteten bzw. genehmigten Förderungen im Rahmen des Förderprogramms „Klimaschutzinitiative – Kommunale Klimaschutz-Modellprojekte“ seit der Einführung des Förderprogramms (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Zuwendungen in Tsd. Euro.

Bundesland	2019*	2020	2021	2022	2023	2024**
Baden-Württemberg	13.134	6.846	4.593	4.058	5.979	8.333
Bayern	1.585	2.037	1.957	2.778	3.961	4.616
Berlin	104	0	0	137	1.993	675
Brandenburg	161	4	0	0	0	0
Bremen	0	0	0	0	0	0
Hamburg	1.502	189	0	0	0	0
Hessen	2.568	775	924	521	3	0
Mecklenburg-Vorpommern	807	1.661	1.578	3.335	152	1.764
Niedersachsen	8.946	1.490	709	939	49	0
Nordrhein-Westfalen	4.334	3.437	5.546	5.335	5.445	2.275
Rheinland-Pfalz	3.482	724	408	169	1.395	3.845
Saarland	386	0	0	0	0	0
Sachsen	2.749	2.465	1.319	3.981	6.114	3.218
Sachsen-Anhalt	0	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein	1.353	453	1.979	2.104	833	1.079
Thüringen	0	0	0	4.308	1.366	425

\* Die Auswertung erfolgte auf Basis von Daten aus dem Fördermanagementdienst „profi“ (Projektförder-Informationssystem). Aus technischen Gründen sind in der Spalte „2019“ die summierten, geflossenen Ist-Zahlungen 2016 bis 2019 angegeben.

\*\* Im Jahr 2024 bislang bewilligte Mittel.

10. Wie hoch waren die bisher vom Bund geleisteten bzw. genehmigten Förderungen im Rahmen des Förderprogramms „Kulturelle Vermittlung“ (Titel 0452-68510) seit der Einführung des Programms (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Auf die Anlage wird verwiesen.\*

11. Wie hoch waren die bisher vom Bund geleisteten bzw. genehmigten Förderungen im Rahmen des Förderprogramms „Jugend erinnert“ (Titel 0452-68561) seit der Einführung des Förderprogramms (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Fördermittel in Euro.

Bundesland	2024	2023	2022	2021	2020	2019
Baden-Württemberg		87.650	325.753	305.419	363.456	
Bayern		215.505	190.645	318.626	220.380	
Berlin		1.317.515	1.126.725	1.023.311	200.627	
Brandenburg		374.78	513.780	360.411	210.356	
Bremen			90.250	57.870	57.422	4.500
Hamburg		105.012	162.365	124.863	84.000	
Hessen	200.000	350.905				
Mecklenburg-Vorpommern		105.794	235.992	149.921	80.215	
Niedersachsen		218.981	270.882	245.629	125.225	6.900
Nordrhein-Westfalen		151.719	322.894	277.411	171.667	
Rheinland-Pfalz		54.485	51.725	26.349		
Saarland			99.293	113.641	114.705	
Sachsen		470.672	302.812	384.660	50.466	
Sachsen-Anhalt		150.768	126.011	50.821		
Schleswig-Holstein			246.365	238.450	152.840	
Thüringen		625.523	455.834	206.082		

12. Wie hoch waren die bisher vom Bund geleisteten bzw. genehmigten Förderungen im Rahmen des Programms „Zukunftsprogramm Kino“ (Titel 0452-89222) seit der Einführung des Förderprogramms (bitte nach Jahren und Ländern und Landkreisen, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Die Filmförderungsanstalt konnte in der Kürze der Zeit lediglich die Summe der Ist-Zahlungen aufgeschlüsselt nach Jahr und Bundesland (nicht aber nach Landkreis) erheben. Landkreise konnten jedoch bei den bewilligten Fördermitteln dargestellt werden. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass es zwei Förderprogramme gab (Zukunftsprogramm Kino (ZPK) I und II). Das ZPK II wurde ausschließlich über Neustart-Mittel finanziert. Siehe zudem die Tabellen in der Anlage.\*

13. Wie ist der derzeitige Verhandlungsstand mit der EU-Kommission, und bis wann ist mit einer Einigung bei den laufenden Verhandlungen zur beihilferechtlichen Genehmigung im Rahmen der sogenannten Kraftwerksstrategie zu rechnen?

Die Bundesregierung hat in intensiven und konstruktiven Gesprächen mit der Europäischen Kommission inhaltliche Fragen klären und die beihilferechtlich erheblichen Eckpunkte der Kraftwerksstrategie weiter ausarbeiten können. Die Bundesregierung arbeitet intensiv an der Umsetzung der Kraftwerksstrategie.

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/12143 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

14. Bis wann ist mit den ersten Ausschreibungen im Rahmen der sogenannten Kraftwerksstrategie zu rechnen, und wie wird sichergestellt, dass die Ausschreibungen auch zu einem Erfolg führen und so von Anfang an auch ein entsprechendes Volumen an Gaskraftwerken fristgerecht zur Verfügung stehen wird?

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die ersten Ausschreibungen noch in diesem Jahr durchgeführt werden können. Voraussetzung dafür ist die beihilferechtliche Genehmigung durch die Europäische Kommission. Die wettbewerblichen Ausschreibungen werden so ausgestaltet sein, dass sie die Wirtschaftlichkeitslücken neuer Kraftwerksprojekte schließen.

15. Ist eine regionale Steuerung im Rahmen des Vergabeverfahrens bei der sogenannten Kraftwerksstrategie vorgesehen, welche auch eine systemdienliche Verortung von Kraftwerken in Süddeutschland sicherstellt?

Im laufenden Verfahren kann nicht zu Details der geplanten Regelung und zu Gesprächen mit der Europäischen Kommission Stellung genommen werden.

16. Wann ist seitens der Bundesregierung mit den angekündigten Stromsicherheitsanalysen für die Versorgungssicherheit zu rechnen, die auch Szenarien mit konservativen und krisenhaften Annahmen einbeziehen sollen ([www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/02/20240205-einigung-zur-kraftwerksstrategie.html](http://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/02/20240205-einigung-zur-kraftwerksstrategie.html))?

Die Stromsicherheitsanalyse wird derzeit erarbeitet und umfasst konservative und krisenhafte Entwicklungen im Stromversorgungssystem. Sie soll so schnell wie möglich fertiggestellt werden.

17. Wie hoch waren die bisher vom Bund geleisteten bzw. genehmigten Förderungen gemäß der Richtlinie zur Förderung von Projekten zum Thema „Forschung und Entwicklung an Batterietechnologien für technologisch souveräne, wettbewerbsfähige und nachhaltige Batteriewertschöpfungsketten“ (bitte nach Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?
19. Weshalb werden im Rahmen der Batterie-Förderrichtlinie nach Kenntnis der Fragesteller Unternehmen unterstützt, die in Deutschland noch nicht ansässig sind, während standorttreue Unternehmen nicht gefördert werden?
20. Worin liegen die Unterschiede bei den einzelnen Projekten, die nach Kenntnis der Fragesteller offenbar eine unterschiedliche Förderentscheidung im Rahmen der Batterie-Förderrichtlinie rechtfertigen?

Die Fragen 17, 19 und 20 werden gemeinsam beantwortet.

Bisher wurden vom Bund noch keine Förderungen gemäß der Richtlinie zur Förderung von Projekten zum Thema „Forschung und Entwicklung an Batterietechnologien für technologisch souveräne, wettbewerbsfähige und nachhaltige Batteriewertschöpfungsketten“ (B@TS) ausgesprochen, bewilligt oder geleistet. Die Projektskizzen zum ersten Einreichungstichtag dieser Förderrichtlinie befinden sich im Begutachtungsprozess und werden nach den in der Förderrichtlinie benannten Kriterien bewertet.

18. Aus welchen Gründen ist – nach den Fragestellern bekannten Angaben des Unternehmens BMW – ein Antrag des Unternehmens für eine Förderung des geplanten Montagewerkes für Hochvoltbatterien in den Gemeinden Irlbach und Straßkirchen in Höhe von 150 Mio. Euro – wovon 45 Mio. Euro durch das Land Bayern übernommen worden wären – durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz abgelehnt worden?

Im Rahmen der Förderrichtlinie „Resilienz und Nachhaltigkeit des Ökosystems Batteriezellfertigung“ haben sich zahlreiche Unternehmen mit einer Skizze auf eine Förderung beworben. Aufgrund der hohen Anzahl an Bewerbungen war das Verfahren stark überzeichnet und die Auswahl der Förderzusagen daher sehr kompetitiv.

21. In welchen Ländern befinden sich die von der EU-Kommission genehmigten 24 deutschen IPCEI (Important Project of Common European Interest) Wasserstoffprojekte ([www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/02/20240215-eu-kommission-gibt-den-weg-frei-fur-die-foerderung-von-24-deutschen-ipcei-wasserstoffprojekten.html](http://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/02/20240215-eu-kommission-gibt-den-weg-frei-fur-die-foerderung-von-24-deutschen-ipcei-wasserstoffprojekten.html)), und wie hoch sind die jeweiligen Fördermittel (bitte einzeln nach dem jeweiligen Projekt auflisten)?

Die 24 deutschen Wasserstoffprojekte sollen in den folgenden Bundesländern realisiert werden: Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Die IPCEI Wasserstoff Projekte werden zu 30 Prozent von den beteiligten Bundesländern kofinanziert. Die folgende Übersicht stellt den Gesamtfördermittelbedarf von Bund und Land dar.

Bewilligungssummen in Euro.

Nummer	Thema des Projekts	Bewilligungssumme	Bundesland
1	Elektrolyseurprojekt	214.698.029,64 Euro	Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg
2	Leitungsprojekt	17.669.286,06 Euro	Niedersachsen
3	Wasserstoffspeicher	61.148.577,23 Euro	Sachsen-Anhalt
4	Leitungsprojekt	126.396.290,43 Euro	Hamburg
5	Wasserstoffspeicher	127.528.473,54 Euro	Nordrhein-Westfalen
6	Leitungsprojekt	18.729.815,49 Euro	Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen
7	Leitungsprojekt	44.143.718,82 Euro	Saarland
8	Leitungsprojekt	1.177.435.947,60 Euro	Onshore in Niedersachsen; Offshore Bund
9	Elektrolyseurprojekt	167.363.430,12 Euro	Mecklenburg-Vorpommern
10	Elektrolyseurprojekt	177.977.842,16 Euro	Nordrhein-Westfalen
11	Elektrolyseurprojekt	492.308.027,76 Euro	Niedersachsen
12	Elektrolyseurprojekt	125.052.743,81 Euro	Niedersachsen
13	Leitungsprojekt	144.772.396,80 Euro	Bremen, Niedersachsen
14	Elektrolyseurprojekt	447.370.251,66 Euro	Bremen, Niedersachsen
15	Wasserstoffspeicher	44.976.379,24 Euro	Niedersachsen
16	Elektrolyseurprojekt	154.115.690,76 Euro	Hamburg
17	Leitungsprojekt	40.281.121,46 Euro	Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen
18	Elektrolyseurprojekt	102.415.794,91 Euro	Saarland
19	Leitungsprojekt	37.950.313,80 Euro	Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen
20	Transport	74.910.831,20 Euro	Bayern
21	Leitungsprojekt	446.908.423,66 Euro	Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt

Nummer	Thema des Projekts	Bewilligungssumme	Bundesland
22	Elektrolyseurprojekt	0,00 Euro	Sachsen-Anhalt; keine Kofinanzierung durch das Bundesland
23	Elektrolyseurprojekt	199.764.436,16 Euro	Mecklenburg-Vorpommern
24	Leitungsprojekt	156.972.482,66 Euro	Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen

Hinweis zu Nummer 22 – Elektrolyseurprojekt in Sachsen-Anhalt: Das Bundesland hat dem BMWK mitgeteilt, dass sie die Kofinanzierung für dieses Projekt nicht bereitstellen können, weswegen das Projekt insgesamt nicht gefördert werden kann.

22. Wie beurteilt die Bundesregierung die Fortschritte bei der sogenannten Infrastruktur-Welle (Hy2Infra) des IPCEI Wasserstoff in Anbetracht der Tatsache, dass die Entscheidung darüber, welche Projekte gefördert werden, bereits im Mai 2021 durch den Bund gefallen ist?

Die beihilferechtliche Genehmigung durch die europäische Kommission am 15. Februar 2024 ist ein wichtiger Schritt für den Hochlauf des Wasserstoffmarktes in Deutschland und Europa. Mit Vorliegen der beihilferechtlichen Genehmigung wurde der nationale Projektbewilligungsprozess eingeleitet, der sich unmittelbar vor dem Abschluss befindet.

23. Arbeitet die Bundesregierung für die Umstellung von Gasverteilnetzen auf Wasserstoff an einem dem sogenannten Amortisationskonto für das Wasserstoffkernnetz vergleichbaren Instrument, um die teils umfangreichen Lücken des Wasserstoffkernnetzes zügig zu schließen, das aktuell insbesondere den Süden, aber auch weitere Regionen benachteiligt?

Das BMWK hat im Rahmen des Green Papers „Transformation Gas-/Wasserstoff Verteilernetze“ im Frühjahr 2024 einen Konsultationsprozess aufgesetzt und die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet. Im Folgenden wird zu prüfen sein, welche konkreten Maßnahmen für die anstehende Transformation der Gasverteilernetze erforderlich sowie wann und wie sie umzusetzen sind. Zu Fragen der Finanzierung der Transformation der Gasverteilernetze sind derzeit noch keine Entscheidungen getroffen worden.

24. Wie hoch ist der insgesamt beantragte Förderbedarf im Rahmen der sogenannten Infrastruktur-Welle (Hy2Infra), und wie viele Fördermittel stehen insgesamt dafür zur Verfügung?

Der Gesamtfördermittelbedarf der Infrastrukturprojekte liegt bei 4.600.890.304,97 Euro, der zu 70 Prozent vom Bund und zu 30 Prozent vom jeweiligen Bundesland bereitgestellt wird.

25. Weshalb wurde das am 12. März 2024 durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gestartete erste Gebotsverfahren der „Klimaschutzverträge“ vorrangig an größere Unternehmen gerichtet und nicht gleichzeitig auch Förderrichtlinien für kleinere Unternehmen mit kleineren Produktionsanlagen, die weniger als 10 Kilotonnen CO<sub>2</sub>/Jahr ausstoßen, veröffentlicht ([www.bmwk.de/Redaktion/DE/Download\\_s/F/faq-klimaschutzvertraege.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=8](http://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Download_s/F/faq-klimaschutzvertraege.pdf?__blob=publicationFile&v=8))?

Das erste Gebotsverfahren der Klimaschutzverträge richtet sich vorrangig an energieintensive Unternehmen, um deren erhebliches Potenzial zur Reduktion

von Treibhausgas-Emissionen zu nutzen. Unternehmen mit kleineren Produktionsanlagen können ebenfalls teilnehmen, sofern die Referenzanlage die Grenze von 10 kt CO<sub>2</sub>-Äquivalent/a überschreitet. Unternehmen mit kleineren Anlagen, die diese Schwelle nicht allein erreichen, haben die Möglichkeit, sich gemeinsam als Konsortium um eine Förderung zu bewerben.

Die künftige „Bundesförderung Industrie und Klimaschutz“ (BIK) soll gezielt Dekarbonisierungsprojekte kleineren Volumens fördern. Sie unterstützt kleine und mittlere Unternehmen bei Investitionen zur Umstellung von fossilen Brennstoffen auf erneuerbaren Wasserstoff oder Strom. Infolge des Urteils des BVerfG vom 15. November 2023 ist es zu einigen Verzögerungen bei der Planung dieses Förderprogramms gekommen.

Die Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz (EEW) richtet sich an kleinere Unternehmen mit kleineren Anlagen.

26. Wie viele Förderanträge sind im Rahmen des ersten Gebotsverfahren der „Klimaschutzverträge“ bereits gestellt worden, und wie viele Haushaltsmittel stehen für die Förderung insgesamt zur Verfügung?

Am 12. März 2024 wurde das erste, viermonatige Gebotsverfahren gestartet. Wer an dem vorbereitenden Verfahren mit einem zulässigen Antrag teilgenommen hat, ist nun aufgefordert, ein Gebot abzugeben. Da aktuell die Gebotsrunde läuft, kann die Bundesregierung aus wettbewerbsrechtlichen Gründen keine genauen Angaben zur Anzahl der Anträge machen. Im Vorverfahren wurde jedoch eine hohe Anzahl an Vorschlägen aus diversen Branchen verzeichnet – von Chemie, Glas, Keramik, Stahl, Papier bis Zement. Die Haushaltsmittel für das erste Verfahren belaufen sich auf 4 Mrd. Euro. Die Ausstattung etwaiger weiterer Gebotsrunden ist Gegenstand des laufenden Haushaltsaufstellungsverfahrens.

27. Teilt die Bundesregierung die Einschätzungen, dass küstenferne Orte aufgrund der derzeit noch knappen Verfügbarkeit von sogenannter grüner Energie (Strom, Wasserstoff) durch die Ausschreibungsbedingungen gegebenenfalls benachteiligt werden, bzw. was wird zur Unterstützung der Unternehmen in den küstenfernen Regionen stattdessen unternommen?

Der Erfolg in wettbewerblichen und marktbasierten Förderprogrammen, bei denen sich die innovativsten und effizientesten Projekte durchsetzen, hängt von vielen unterschiedlichen Faktoren ab. Einer von vielen Faktoren – und nicht zwingend der maßgebliche – kann unter Umständen der Anschluss an Energieinfrastruktur sein. Aus diesem Grund setzt sich die Bundesregierung für einen raschen Ausbau der Infrastruktur für grüne Energien ein, ist hierfür jedoch auch auf das Engagement der Bundesländer und Kommunen angewiesen.

28. Wird bei dem ersten Gebotsverfahren der „Klimaschutzverträge“ sichergestellt, dass nicht nur große Standorte der Stahlindustrie in der ersten Ausschreibungsrunde zum Zuge kommen, sondern beispielsweise auch Unternehmen der Chemie- oder Glasindustrie?

Aufgrund des Pilotcharakters der ersten Gebotsrunde ist das Fördervolumen insgesamt noch auf 4 Mrd. Euro begrenzt, wobei die maximale Fördersumme für Einzelvorhaben bei 1 Mrd. Euro liegt. Damit können in dieser Runde keine ganz großen Vorhaben teilnehmen, wie etwa große Vorhaben der Stahlindustrie. Durch die Begrenzung auf ein Drittel des gesamten Fördervolumens pro Sektor

wird zudem gewährleistet, dass mindestens drei verschiedene Sektoren gefördert werden.

29. Sind Medienberichte zutreffend, dass synthetische Gase im Rahmen der „Klimaschutzverträge“ nicht gefördert werden sollen ([www.handelsblatt.com/politik/deutschland/industrie-habeck-will-synthetisches-gas-nicht-mit-klimaschutzvertraegen-foerdern/100025626.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/industrie-habeck-will-synthetisches-gas-nicht-mit-klimaschutzvertraegen-foerdern/100025626.html)), und wenn ja, wie wird dies begründet?

Der Einsatz von synthetischem Methan ist im Rahmen des Förderprogramms Klimaschutzverträge grundsätzlich zulässig. Wie bei jedem Projekt müssen auch hier alle Voraussetzungen der Förderrichtlinie Klimaschutzverträge (FRL KSV) und des jeweils geltenden Förderaufrufs erfüllt sein. So gelten beim Einsatz von Wasserstoff und Wasserstoffderivaten beispielsweise die Voraussetzungen von Nummer 4.9 FRL KSV. Auch muss es sich bei dem geförderten Vorhaben um ein transformatives Produktionsverfahren handeln, damit die Ziele der Förderrichtlinie erreicht werden. Emissionen aus der Nutzung von synthetischem Methan in Form von erneuerbaren Brennstoffen nicht biogenen Ursprungs (Renewable Fuels of Non-Biological Origin – RFNBO) sind nach den Regeln des aktuell geltenden EU Emissions Trading System (EU ETS) und entsprechend dem Förderprogramm Klimaschutzverträge nicht mit dem Emissionsfaktor null oder nur anteilig zu bewerten, sondern werden emissionsseitig entsprechend des jeweiligen Kohlenstoffgehalts in Ansatz gebracht.

30. Wie ist der Stand der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP getroffenen Vereinbarung, das Zentrum Zukunft der Mobilität neu aufzustellen ([www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](http://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf), S. 40), und der damit einhergehenden durch die Bundesregierung durchgeführten Bedarfsanalyse unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen und aller Handlungsalternativen (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/2874)?

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) hat im Februar 2023 ein Konzept zur Neuaufstellung des Deutschen Zentrums Mobilität der Zukunft (DZM) vorgelegt. Dieses wurde vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages abgelehnt und eine Überarbeitung des Konzeptes per Maßgabebeschluss gefordert. Das entsprechend überarbeitete Konzept für das DZM wurde im Juni 2023 in der 53. Sitzung des Haushaltsausschusses zur Kenntnis genommen und befindet sich aktuell in der Umsetzung.\*

31. Lehnt die Bundesregierung den ursprünglich für das Zentrum Zukunft der Mobilität vorgesehenen Standort München als sogenannten Knotenpunkt ab, und wenn ja, warum?

Der Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses sieht die Umsetzung der vier im Haushaltsgesetz 2023 genannten Standortprojekte ohne die Gründung einer eigenständigen Institution vor. Dieser Maßgabe entsprechend ist in der aktuellen Konzeption kein Standort in München geplant.\*

\* Die Antworten zu den Fragen 30 bis 34 und 37 wurden mit Schreiben vom 2. September 2024 ergänzt.

32. Welche der ursprünglich für das Zentrum Zukunft der Mobilität vorgesehenen Standorte Hamburg (Wireless Innovation Competence Center), Annaberg-Buchholz (Smart Rail Connectivity Campus), Minden (Rail Campus Ostwestfalen-Lippe) und Karlsruhe (Autonomer öffentlicher Personennahverkehr – ÖPNV – zwischen Stadt und Land) werden seitens der Bundesregierung weiterhin als mögliche Standorte für das Zentrum Zukunft der Mobilität in Betracht gezogen?

Die Projekte an den genannten Standorten befinden sich aktuell in der Umsetzung und werden bereits gefördert.\*

33. Wie ist der Sachstand bei der Förderung der „Innovations- und Technologiezentrum für Wasserstoff“ (ITZ)-Standorte Chemnitz, Duisburg, Pfeffenhausen und des norddeutschen Clusters (Hamburg, Bremen, Stade) durch den Bund (bitte jeweils einzeln für die jeweiligen Standorte ausführen)?

Die Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ist am 1. April 2024 in Kraft getreten. Die Anträge der Standorte werden aktuell von den Konsortien finalisiert.

Standort Chemnitz:

Die beihilferechtliche Einschätzung des Standortkonzeptes wird planmäßig bis Anfang Juli abgeschlossen sein und anschließend wird der Antrag eingereicht.

Standort Duisburg:

Der Prozess zur beihilferechtlichen Einschätzung des Standortkonzeptes auf Basis weiterer erforderlicher Detaillierungen des Standorts läuft derzeit. Der Antrag soll bis August eingereicht werden.

Standort Pfeffenhausen:

Die beihilferechtliche Einschätzung des Standortkonzeptes ist abgeschlossen. Der Antrag soll bis Juli eingereicht werden.

Standort norddeutsches Cluster:

Die beihilferechtliche Einschätzung des Standortkonzeptes wird planmäßig im Juli abgeschlossen. Die Anträge sollen bis Juli eingereicht werden.

Der Bewilligungsprozess schließt sich jeweils unmittelbar an.\*

34. Sind für die ITZ-Standorte Chemnitz, Duisburg, Pfeffenhausen und für das norddeutsche Cluster (Hamburg, Bremen, Stade) noch Haushaltsmittel veranschlagt, und wenn ja, wie hoch sind diese Haushaltsmittel (bitte jeweils einzeln für die jeweiligen Standorte ausführen)?

Für das ITZ sind Fördermittel i. H. v. „bis zu 290 Mio. Euro“ in Aussicht gestellt worden, die gleichmäßig auf die vier Standorte verteilt werden sollen.

Eine Mittelveranschlagung kann erst nach der „haushaltsrechtlichen Anerkennung“ der vorgesehenen Maßnahmen erfolgen, § 24 BHO.\*

\* Die Antworten zu den Fragen 30 bis 34 und 37 wurden mit Schreiben vom 2. September 2024 ergänzt.

35. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um deutschlandweit einen schnellen und zielgerichteten Wasserstoff-Hochlauf zu gewährleisten, insbesondere einen zeitnahen Aufbau von lastnahen Elektrolyseuren in Süddeutschland?

Derzeit wird eine Ausschreibung für systemdienliche Elektrolyseure erarbeitet. Bis 2028 sollen 3 Gigawatt (GW) systemdienliche Elektrolysekapazität ausgeschrieben werden.

Damit ein kosteneffizienter und haushaltsschonender Hochlauf der Wasserstoff-erzeugung in Deutschland gelingen kann, sollten Elektrolyseure systemdienlich im Energiesystem verortet sein. Da es sich bei Elektrolyseuren um multimodale Punkte im Energiesystem handelt, sind diverse Perspektiven auf den Begriff „Systemdienlichkeit“ zu berücksichtigen.

Aus Stromnetzperspektive ist relevant, dass der Elektrolyseur als zusätzlicher Stromverbraucher das Stromnetz nicht unverhältnismäßig belastet und Netzengpässe nicht verstärkt. Für den Transport von Wasserstoff ist die Nähe zum Kernnetz und zu Wasserstoffspeichern relevant. Ein limitierender Faktor kann die lokale Verfügbarkeit von Wasser sein. Zusätzlich stellt sich die Frage bezüglich der Nutzung von Nebenprodukten der Elektrolyse – Sauerstoff und Abwärme. Die räumliche Nähe zwischen Elektrolyseuren und Anlagen zur Nutzung von Wasserstoff kann zu Beginn der Hochlaufphase eine Rolle spielen, um Wasserstoffnutzer ohne anderweitige Versorgungsmöglichkeit wie Trailer, Schiff oder Wasserstoffleitung mit Wasserstoff zu versorgen.

36. Wie positioniert sich die Bundesregierung zur möglichen Teilung der einheitlichen deutschen Strompreiszone, bzw. welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zum Erhalt der einheitlichen deutschen Strompreiszone?

Die Bundesregierung hält an der einheitlichen deutsch-luxemburgischen Stromgebotszone fest. Zum Erhalt der Stromgebotszone ist es aber notwendig, Engpässe im Stromsystem zu reduzieren und ausreichend Kapazitäten für den Stromhandel im europäischen Binnenmarkt zur Verfügung zu stellen. Um dies zu gewährleisten, hat die Bundesregierung eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen, die im „Aktionsplan Gebotszone“ dargelegt sind: [www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/A/aktionsplan-gebotszone.html](http://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/A/aktionsplan-gebotszone.html).

Die wichtigsten Maßnahmen stellen hierbei der beschleunigte Netzausbau und die Optimierung des Bestandsnetzes dar. Bis 2037 soll das Stromnetz bedarfsgerecht so ausgebaut werden, dass ein sicherer und zuverlässiger Netzbetrieb bei gleichzeitiger Reduktion des Engpassmanagementbedarfs in Deutschland möglich ist. Im Bereich der Bestandsnetzoptimierung unternimmt die Bundesregierung vielfältige Anstrengungen die zu einer Reduzierung von Netzengpässen beitragen. Hervorzuheben ist dabei die seit Januar 2023 flächendeckend durchgeführte Höherauslastung des Übertragungsnetzes, durch die dessen Transportkapazität erhöht wird. Durch die Höherauslastung konnte nach Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber der Redispatchbedarf im Jahr 2023 um 25 Prozent gesenkt werden. Eine weitere wichtige Rolle kommt der Optimierung des Engpassmanagements zu.

In Zukunft sieht die Bundesregierung auch vermehrt die Notwendigkeit, stärker lokale Signale zu setzen, so dass Erzeugung und Verbrauch räumlich besser aufeinander abgestimmt sind. Beispielhaft ist hier die Maßnahme „Nutzenstatt-Abregeln“, die der Bundestag im Rahmen der letzten EnWG-Reform beschlossen hat. Hierdurch werden Anreize gesetzt, um in geeigneten Regionen

zusätzlichen Stromverbrauch zu aktivieren und somit die Abregelung erneuerbarer Energien zu senken.

37. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um dem Förderbedarf bei der Breitbandförderung in den einzelnen Bundesländern angemessen Rechnung zu tragen und eine verlässliche Finanzierung des Förderprogrammes über einen mehrjährigen Zeithorizont sicherzustellen?

Um dem Förderbedarf bei der Breitbandförderung in den einzelnen Ländern angemessen Rechnung zu tragen, hat die Bundesregierung mit den Landesobergrenzen einen Steuerungsmechanismus eingeführt. Dadurch kann jedes Bundesland entsprechend seiner noch förderfähigen Adresspunkte angemessen von den zur Verfügung stehenden Fördermitteln profitieren.

Eine verlässliche Finanzierung des Förderprogramms ist durch die bedarfsgerechte Veranschlagung von Haushaltsmitteln für die Ausfinanzierung in Vorjahren eingegangener Verpflichtungen im Haushaltsplan sichergestellt.\*

38. Wie viele Bauvorhaben sind in welcher Höhe mit dem Förderprogramm für den Klimafreundlichen Neubau (KFN) seit der Einführung des Förderprogramms gefördert worden (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, sowie Wohn- und Nichtwohngebäude aufschlüsseln)?
39. Wie viele der mit dem KFN geförderten Bauvorhaben waren klimafreundliche Wohngebäude bzw. Nichtwohngebäude mit oder ohne einem Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG; bitte in absoluten Zahlen nach Ländern differenzieren)?

Die Fragen 38 und 39 werden gemeinsam beantwortet.

Das Förderprogramm Klimafreundlicher Neubau (KFN) ist zum 1. März 2023 gestartet. Folglich existieren keine Daten aus den Vorjahren.

Die Aufschlüsselung auf Bundeslandebene berücksichtigt den Standort des geförderten Vorhabens. Daten, in welchem Bundesland die jeweiligen Fördernehmer ansässig sind, liegen nicht vor. Der Förderung liegt vorzugsweise eine Zinsverbilligung zugrunde, nur kommunale Gebietskörperschaften erhalten Zuschüsse. Folgende Tabellen weisen daher das Zusagevolumen (Kreditbetrag) inklusive Zuschüsse aus.

2023 (1. März bis 31. Dezember) Wohngebäude.

Bundesland	Kredit Anzahl Zusagen	Kredit Zusagevol. Mio. Euro	Zuschuss (Kommunen) Anzahl Zusagen	Zuschuss (Kommunen) Zusagevol. Mio. Euro	Gebäude-niveau gesamt Anzahl QNG	Gebäude-niveau gesamt Anzahl ohne QNG
Baden-Württemberg	2.651	594,8	4	0,7	1.276	1.379
Bayern	5.101	1.268,1	5	0,8	2.972	2.134
Berlin	284	273,1	0	0	118	166
Brandenburg	369	221,3	0	0	192	177
Bremen	108	116,3	0	0	28	80
Hamburg	160	69,1	0	0	60	100
Hessen	837	301,8	1	0,1	512	326

\* Die Antworten zu den Fragen 30 bis 34 und 37 wurden mit Schreiben vom 2. September 2024 ergänzt.

Bundesland	Kredit Anzahl Zusagen	Kredit Zusage- vol. Mio. Euro	Zuschuss (Kommunen) Anzahl Zusagen	Zuschuss (Kommunen) Zusagevol. Mio. Euro	Gebäude- niveau ge- samt Anzahl QNG	Gebäude- niveau ge- samt Anzahl ohne QNG
Mecklenburg- Vorpommern	217	72,5	0	0	102	115
Niedersachsen	2.978	699,8	5	0,3	956	2.027
Nordrhein- Westfalen	2.777	977,4	0	0	956	1.821
Rheinland-Pfalz	654	189,2	0	0	338	316
Saarland	35	46,2	0	0	11	24
Sachsen	196	88,8	0	0	107	89
Sachsen-Anhalt	195	54	0	0	135	60
Schleswig- Holstein	809	208,7	0	0	245	564
Thüringen	123	60,7	0	0	78	45
SUMME	17.494	5.241,80	15	1,90	8.086	9.423

2023 (1. März bis 31. Dezember) Nichtwohngebäude.

Bundesland	Kredit Anzahl Zusagen	Kredit Zusage- vol. Mio. Euro	Zuschuss (Kommunen) Anzahl Zusagen	Zuschuss (Kommunen) Zusagevol. Mio. Euro	Gebäude- niveau ge- samt Anzahl QNG	Gebäude- niveau ge- samt Anzahl ohne QNG
Baden- Württemberg	159	523,5	52	17,7	58	153
Bayern	190	434,1	62	28,9	51	201
Berlin	59	223,1	2	2,1	11	50
Brandenburg	9	29,5	9	9,1	11	7
Bremen	7	47,3	0	0	6	1
Hamburg	3	3,8	12	7,1	6	9
Hessen	46	160,8	6	2,6	15	37
Mecklenburg- Vorpommern	5	5,7	2	2,1	3	4
Niedersachsen	93	140,4	26	19,6	35	84
Nordrhein- Westfalen	145	379,5	31	19,7	47	129
Rheinland-Pfalz	38	99,3	5	0,7	2	41
Saarland	2	1,7	1	0,1	0	3
Sachsen	8	22,5	2	2	4	6
Sachsen-Anhalt	6	8,2	1	0,7	5	2
Schleswig- Holstein	32	120,7	11	3,8	7	36
Thüringen	8	33,2	0	0	2	6
SUMME	810	2.233,30	222	116,20	263	769

2024 (1. Januar bis 31. Mai) Wohngebäude.

Bundesland	Kredit Anzahl Zusagen	Kredit Zusage- vol. Mio. Euro	Zuschuss (Kommunen) Anzahl Zusagen	Zuschuss (Kommunen) Zusagevol. Mio. Euro	Gebäude- niveau ge- samt Anzahl QNG	Gebäude- niveau ge- samt Anzahl ohne QNG
Baden- Württemberg	1.526	479,1	0	0	714	812
Bayern	2.510	897,2	6	1,5	1.513	1.003
Berlin	147	147,7	0	0	42	105
Brandenburg	99	44,4	0	0	68	31
Bremen	131	39,5	0	0	60	71
Hamburg	88	38,8	0	0	25	63
Hessen	482	238,9	0	0	329	153
Mecklenburg- Vorpommern	105	26,3	0	0	38	67
Niedersachsen	1.526	454,7	0	0	502	1.024
Nordrhein- Westfalen	1.275	528,9	0	0	489	786
Rheinland-Pfalz	310	139,8	0	0	94	216
Saarland	39	11,2	0	0	15	24
Sachsen	356	81,8	0	0	262	94
Sachsen-Anhalt	258	57,4	0	0	215	43
Schleswig- Holstein	477	130,2	0	0	103	374
Thüringen	83	13,4	0	0	62	21
SUMME	9.412	3.329,30	6	1,50	4.531	4.887

2024 (1. Januar bis 31. Mai) Nichtwohngebäude.

Bundesland	Kredit Anzahl Zusagen	Kredit Zusage- vol. Mio. Euro	Zuschuss (Kommunen) Anzahl Zusagen	Zuschuss (Kommunen) Zusagevol. Mio. Euro	Gebäude- niveau ge- samt Anzahl QNG	Gebäude- niveau ge- samt Anzahl ohne QNG
Baden- Württemberg	69	212,2	26	9,9	18	77
Bayern	58	176,8	48	30,5	31	75
Berlin	23	75,9	0	0	5	18
Brandenburg	1	0,7	4	2,8	2	3
Bremen	4	37,6	0	0	3	1
Hamburg	3	13,4	9	7,1	6	6
Hessen	9	55,4	6	4,7	7	8
Mecklenburg- Vorpommern	5	27	1	0,4	1	5
Niedersachsen	54	137,9	25	20,3	25	54
Nordrhein- Westfalen	55	154,8	27	24,4	22	60
Rheinland-Pfalz	9	22,7	3	0,3	1	11
Saarland	5	13,1	1	0,4	2	4
Sachsen	5	21,3	2	0,7	3	4
Sachsen-Anhalt	5	11	1	0,2	2	4
Schleswig- Holstein	16	47,8	6	2,1	7	15

Bundesland	Kredit Anzahl Zusagen	Kredit Zusagevol. Mio. Euro	Zuschuss (Kommunen) Anzahl Zusagen	Zuschuss (Kommunen) Zusagevol. Mio. Euro	Gebäude-niveau ge-samt Anzahl QNG	Gebäude-niveau ge-samt Anzahl ohne QNG
Thüringen	1	1,6	1	1,1	2	0
SUMME	322	1.009,20	160	104,90	137	345

Gebäudeniveau gesamt seit Programmstart.

Anzahl QNG	Anzahl ohne QNG
13.017	15.424

40. Wie viele Bauvorhaben sind in welcher Höhe mit Mitteln der Sozialen Wohnraumförderung seit der Einführung des Förderprogramms gefördert worden (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

In der nachfolgenden Tabelle werden die nach Angaben der Länder insgesamt neu geförderten Wohneinheiten im sozialen Wohnungsbau in den Kalenderjahren 2020 bis 2023 nach Ländern ausgewiesen. Mit einem bundesweiten Anstieg von rund 20 Prozent im Jahr 2023 ist der soziale Wohnungsbau Stabilitätsanker in Zeiten schwieriger wohnungspolitischer Rahmenbedingungen. Die massiv erhöhte bundesseitige Unterstützung ermöglicht es den Ländern, die Attraktivität ihrer Förderprogramme trotz gestiegener Zinsen und Baukosten zu erhalten und zu steigern.

Anzahl geförderte Wohneinheiten (Kalenderjahre).

Bundesland	2020	2021	2022	2023
Baden-Württemberg	5.090	6.776	5.858	3.701
Bayern	11.037	11.417	9.043	9.096
Berlin	3.764	1.011	1.935	4.340
Brandenburg	1.290	1.295	943	897
Bremen	0	535	342	261
Hamburg	4.977	4.604	3.679	4.244
Hessen	3.000	3.915	3.279	2.918
Mecklenburg-Vorpommern	236	476	470	929
Niedersachsen	1.584	2.149	2.717	2.448
Nordrhein-Westfalen	8.774	7.347	7.919	11.854
Rheinland-Pfalz	2.905	1.899	1.743	2.996
Saarland	0	0	0	61
Sachsen	593	201	1.118	3.246
Sachsen-Anhalt	421	1.208	647	688
Schleswig-Holstein	1.162	1.173	1.308	1.353
Thüringen	200	874	20	398
Deutschland	45.033	44.880	41.021	49.430

Seit dem Jahr 2020 gewährt der Bund den Ländern auf Grundlage des 2019 eingefügten Artikel 104d des Grundgesetzes Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. In den Jahren 2020 und 2021 wurden jeweils Finanzhilfen in Höhe von 1 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Für das Programmjahr 2022 standen Programmmittel in Höhe von insgesamt 2 Mrd. Euro bereit, davon 1 Mrd. Euro für den klimagerechten sozialen Wohnungsbau. Für das Programmjahr 2023 stehen 2,5 Mrd. Euro, für das Programmjahr 2024 3,15 Mrd. Euro bereit. In der aktuellen Finanzplanung ist vorgesehen, dass der Bund den Ländern für den sozialen Woh-

nungsbau im Zeitraum 2022 bis 2027 insgesamt 18,15 Mrd. Euro Programmmittel zur Verfügung stellt. Die Länder leisten eine Finanzierungsbeteiligung, so dass erfahrungsgemäß jeder Euro des Bundes mit mindestens einem Euro der Länder ergänzt wird.

Die nachfolgende Tabelle stellt die den Ländern in den Programmjahren 2020 bis 2023 zur Verfügung gestellten Programmmittel (Verpflichtungsrahmen) dar.

Verpflichtungsrahmen Bundesfinanzhilfen nach Programmjahren.

Bundesland	VV 2020	VV 2021	VV 2022	VV 2023
Baden-Württemberg	136.395.793,00 Euro	138.644.890,00 Euro	289.795.537,93 Euro	332.096.411,82 Euro
Bayern	163.146.150,00 Euro	165.836.348,00 Euro	345.798.794,93 Euro	396.274.351,99 Euro
Berlin	53.849.967,00 Euro	52.368.419,00 Euro	115.333.895,59 Euro	132.168.953,17 Euro
Brandenburg	31.633.871,00 Euro	30.180.200,00 Euro	60.597.400,00 Euro	75.746.750,00 Euro
Bremen	9.917.319,00 Euro	9.628.400,00 Euro	19.075.800,00 Euro	23.844.750,00 Euro
Hamburg	26.811.046,00 Euro	27.253.148,00 Euro	57.854.839,41 Euro	66.299.794,36 Euro
Hessen	75.786.086,00 Euro	79.306.138,00 Euro	165.271.064,54 Euro	189.395.350,63 Euro
Mecklenburg-Vorpommern	19.841.900,00 Euro	19.841.900,00 Euro	39.609.000,00 Euro	49.511.250,00 Euro
Niedersachsen	95.808.089,00 Euro	94.099.300,00 Euro	187.906.600,00 Euro	239.264.526,81 Euro
Nordrhein-Westfalen	221.024.319,00 Euro	224.668.904,00 Euro	432.218.400,00 Euro	536.726.227,37 Euro
Rheinland-Pfalz	50.569.730,00 Euro	48.245.900,00 Euro	96.369.600,00 Euro	122.708.977,46 Euro
Saarland	0,00 Euro	7.211.820,00 Euro	5.300.000,00 Euro	29.956.750,00 Euro
Sachsen	22.456.100,00 Euro	26.591.788,00 Euro	78.451.600,00 Euro	126.509.056,19 Euro
Sachsen-Anhalt	5.835.275,00 Euro	12.856.199,00 Euro	9.212.369,52 Euro	26.961.400,00 Euro
Schleswig-Holstein	35.692.791,00 Euro	36.281.346,00 Euro	75.685.098,08 Euro	86.732.700,20 Euro
Thüringen	27.748.739,00 Euro	26.985.300,00 Euro	21.520.000,00 Euro	65.802.750,00 Euro

Die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Länder richtet sich nach dem Königsteiner Schlüssel, wobei Umverteilungen im Einvernehmen mit den Ländern möglich sind und in den vergangenen Jahren auch vorgenommen wurden.

Zu beachten ist, dass für jedes Programmjahr innerhalb eines zweijährigen Zeitraumes Bewilligungen ausgesprochen werden können, so dass die oben dargestellte Anzahl geförderter Wohneinheiten in den Kalenderjahren jeweils Bewilligungen aus zwei Programmjahren enthalten. Die Anzahl geförderter Wohneinheiten kann damit nicht in direkten Bezug zu den Finanzhilfen gesetzt werden. Beide Tabellen sind deshalb getrennt voneinander zu betrachten und lassen keine Rückschlüsse auf Fördermittel pro Wohneinheiten zu, da den Tabellen jeweils unterschiedliche Betrachtungszeiträume zugrunde liegen. Darüber hinaus sind in der Tabelle zu den in den einzelnen Jahren zur Verfügung gestellten Verpflichtungsrahmen nur die Bundesmittel dargestellt, während die in den einzelnen Kalenderjahren geförderten Wohneinheiten mit Bundes- und Landesmitteln gefördert wurden.

41. Wie viele Bauvorhaben sind in welcher Höhe aus dem Förderprogramm „Wohneigentum für Familien“ seit der Einführung des Förderprogramms gefördert worden (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Seit Programmstart am 1. Juni 2023 bis 31. Dezember 2023 wurden im Förderprogramm „Wohneigentum für Familien“ insgesamt 1.675 Wohneinheiten mit

Klima- und Transformationsfonds (KTF)-Mitteln in Höhe von 84,3 Mio. Euro gefördert.

Bundesland	Anzahl der Bauvorhaben (01.06–31.12.23)
Baden-Württemberg	280
Bayern	362
Berlin	14
Brandenburg	65
Bremen	2
Hamburg	11
Hessen	101
Mecklenburg-Vorpommern	38
Niedersachsen	248
Nordrhein-Westfalen	276
Rheinland-Pfalz	72
Saarland	4
Sachsen	60
Sachsen-Anhalt	33
Schleswig-Holstein	81
Thüringen	28

42. Wie viele Bauvorhaben sind in welcher Höhe mit dem Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ seit der Einführung des Förderprogramms gefördert worden (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Es wird auf die Anlage zu Frage 42 verwiesen.\*

43. Wie viele Bauvorhaben sind in welcher Höhe mit dem Förderprogramm zum genossenschaftlichen Wohnen seit der Einführung des Förderprogramms gefördert worden (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Im Förderprogramm KfW 134 wird der Erwerb von Genossenschaftsanteilen gefördert. Seit Start des Förderprogramms im Jahr 2022 bis 31. Mai 2024 wurden 611 Kredite mit einem Gesamtvolumen von über 40,6 Mio. Euro vergeben. Die Anzahl der Bauvorhaben wird nicht erfasst. Es ist denkbar, dass in einem Bauvorhaben mehrere Genossenschaftsmitglieder die Förderung beantragen. Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Kredite der Anzahl der Wohneinheiten entspricht.

Die Anzahl der vergebenen Kredite verteilt sich wie folgt auf die Bundesländer.

Bundesland	Anzahl 2022	Volumen 2022 in Mio. Euro	Anzahl 2023	Volumen 2023 in Mio. Euro	Anzahl 2024 Stand Mai	Volumen 2024 in Mio. Euro
Baden-Württemberg	4	0,3	48	3,4	11	0,8
Bayern	19	1,3	128	9	68	5,4
Berlin	13	0,8	25	1,4	11	0,7
Brandenburg	6	0,6	58	4,3	0	0
Bremen	0	0	2	0,1	3	0,2
Hamburg	5	0,1	14	0,4	1	0,1
Hessen	3	0,2	31	2,4	4	0,3

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/12143 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Bundesland	Anzahl 2022	Volumen 2022 in Mio. Euro	Anzahl 2023	Volumen 2023 in Mio. Euro	Anzahl 2024 Stand Mai	Volumen 2024 in Mio. Euro
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	7	0,5	9	0,2
Niedersachsen	4	0,1	19	0,9	1	0,1
Nordrhein-Westfalen	6	0,3	70	4	5	0,3
Rheinland-Pfalz	0	0	13	1,1	5	0,3
Saarland	0	0	0	0	0	0
Sachsen	0	0	0	0	0	0
Sachsen-Anhalt	3	0,1	2	0	0	0
Schleswig-Holstein	0	0	9	0,5	2	0,2
Thüringen	0	0	0	0	2	0,2

44. Wie viele Anträge sind in welcher Höhe mit dem Wohngeld-Plus seit der Einführung gefördert worden (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Die amtliche Wohngeldstatistik zum Stichtag 31. Dezember 2023 wird ein vollständiges Bild zu den Leistungsbeziehenden nach Einführung des Wohngeld-Plus liefern. Die Daten liegen voraussichtlich im Herbst 2024 vor.

45. Wie viele Bauvorhaben sind in welcher Höhe mit der Städtebauförderung des Bundes seit der Einführung des Förderprogramms gefördert worden (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Es liegen keine Informationen im Sinne der Fragestellung vor, da mit der Städtebauförderung Gesamtmaßnahmen im Rahmen Integrierter Städtebaulicher Entwicklungskonzepte (ISEK) gefördert werden. Detaillierte Angaben zu den Gesamtmaßnahmen vor Ort einschließlich darin enthaltener Bauvorhaben sind bei den Ländern bzw. den umsetzenden Kommunen zu erfragen.

46. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik der Länder, dass die Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung in den Jahren 2024 bis 2028 mit 500 Mio. Euro, als unzureichend angesehen wird, wie dies zuletzt auf der Energieministerkonferenz, am 17. Mai 2024 protokollarisch festgehalten wurde?

Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht. Sie ist ferner der Ansicht, dass die Einhaltung der Verpflichtungen zur Senkung von Treibhausgasemissionen nach dem Bundes-Klimaschutzgesetz nicht allein den Bund betrifft, sondern die daraus für die öffentliche Hand gegebenenfalls entstehenden Kosten zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen aufzuteilen sind.

47. Inwieweit sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW-Förderung) über das Jahr 2040 hin auszurichten bzw. fortzuschreiben, und wenn nein, warum nicht (bitte begründen)?

48. Wird die Bundesregierung der den Fragestellern bekannten Forderung der Länder nachkommen, die Mittel für die BEW-Förderung deutlich aufzustocken und langfristig zu sichern, und wenn ja, wie, und wenn nein, warum nicht (bitte begründen)?

Die Fragen 47 und 48 werden gemeinsam beantwortet.

Die BEW-Förderrichtlinie ist auf sechs Jahre befristet (bis September 2028) und ist für die Laufzeit beihilferechtlich genehmigt. Bis Ende August 2025 wird eine Zwischenevaluation des Förderprogramms erstellt werden, die die Ergebnisse, Wirkungen, Angemessenheit der Förderung sowie die Angemessenheit des Instruments zum Gegenstand hat. Aus deren Ergebnissen wird die Ableitung von Empfehlungen zu einer Verlängerung und möglichen Anpassung der BEW möglich sein.

In der Abschlusserklärung des Fernwärmegipfels im Juni 2023 haben sich BMWK und BMWSB gemeinsam mit der Wärmenetzbranche, Verbraucher- und Umweltverbänden zu dem Ziel bekannt, dass der aktuelle förderpolitische Rahmen für den Aus- und Umbau der Wärmenetze verbessert und abgesichert werden soll.

49. Wird die Bundesregierungen die Fördersystematik für den Ausbau insbesondere für größere Fernwärmenetze anpassen, und wenn ja, welche Anpassungen werden vorgenommen, und wenn nein, weshalb sieht die Bundesregierung hier keinen Bedarf?

Die Förderung von Investitionen in die Dekarbonisierung von Wärmenetzen (BEW) erfolgt im Wege der Anteilfinanzierung. Höhere förderfähige Investitionsbeträge werden folglich auch durch proportional höhere Fördersummen unterstützt, bis zu einer maximalen Förderhöhe von 100 Mio. Euro pro Förderantrag. Diese Werte sind beihilferechtlich genehmigt und nach Auffassung der Bundesregierung auch für größere Fernwärmenetze adäquat. Insofern sind keine abweichenden Bedingungen für größere Fernwärmenetze geplant.

50. Wie viele Vorhaben sind in welcher Höhe aus dem Klima- und Transformationsfonds seit der Einführung des Fonds gefördert worden (bitte nach Jahren und Ländern, in denen die Empfänger der Förderungen ansässig sind, aufschlüsseln)?

Zur Frage wurde im Rahmen der verfügbaren Zeit eine Auswertung auf Basis der Zuwendungsdatenbank des Bundes für die am KTF beteiligten Ressorts (BMWK, BMUV, BMEL, BMDV, BMBF, BMWSB) mit Stand Juni 2024 für die vollständigen Jahre 2022 und 2023 berücksichtigt. Den Klima- und Transformationsfonds gibt es mit dieser Bezeichnung seit dem 22. Juli 2022.

Wie in der Antwort zu Frage 2 erfolgte keine Differenzierung nach Zuwendungen unter einem Förderprogramm und Einzelförderungen. Sofern in der Zuwendungsdatenbank eine Angabe zum Bundesland enthalten war, in dem das Vorhaben ausgeführt wird, wurde diese Angabe ausgewertet, sonst nach Angabe des Bundeslands des Zuwendungsempfängers (bei großen Einrichtungen in der Regel der Hauptsitz bzw. Sitz der Verwaltung). Die folgenden Angaben sind daher unter Vorbehalt zu interpretieren, da die Angaben ggf. nicht der regionalen Verteilung in Bezug auf die Zielgruppe bzw. den Umsetzungsort eines Vorhabens entsprechen, z. B. bei größeren Organisationen mit mehreren Standorten oder Weiterleitungsverhältnissen.

Die Auswertung erlaubt keine Aussage zu geförderten Vorhaben, die nicht als Zuwendung erfolgten. Auch andere finanzwirksame Maßnahmen des KTF, bei

denen es sich nicht um geförderte Vorhaben handelt, wie z. B. Aufträge, sind in der Auswertung nicht berücksichtigt.

Die folgende Übersicht enthält insofern die Anzahl der in der Zuwendungsdatenbank erfassten, aus dem KTF finanzierten Vorhaben sowie die entsprechende Höhe der Zuwendungen für die Jahre 2022 und 2023 für den Bund insgesamt.

Bundesland	Anzahl der durch Zuwendungen geförderten Vorhaben aus dem KTF 2022	Höhe der Zuwendungen Bund insgesamt in Tsd. Euro 2022	Anzahl der durch Zuwendungen geförderten Vorhaben aus dem KTF 2023	Höhe der Zuwendungen Bund insgesamt in Tsd. Euro 2023
Baden-Württemberg	84.965	1.073.770	118.414	1.856.741
Bayern	95.834	1.217.413	130.149	2.026.851
Berlin	5.684	136.553	8.725	202.053
Brandenburg	6.174	74.847	11.369	177.608
Bremen	1.293	43.438	2.043	43.213
Hamburg	5.484	87.849	7.928	696.976
Hessen	31.386	434.784	48.286	550.459
Mecklenburg-Vorpommern	3.408	57.616	5.452	69.890
Niedersachsen	32.803	431.071	57.002	942.673
Nordrhein-Westfalen	85.928	923.252	121.278	1.762.616
Rheinland-Pfalz	22.648	381.511	36.018	425.822
Saarland	5.103	50.369	9.111	93.530
Sachsen	12.370	342.729	15.944	315.910
Sachsen-Anhalt	4.886	58.258	8.283	96.260
Schleswig-Holstein	12.191	139.845	21.018	257.829
Thüringen	6.944	77.743	9.985	126.778
Keine Angabe zu BL	480.689	2.623.062	331.596	1.752.207

51. Welche Verbände und Einheiten der Bundeswehr wurden zwischen 2017 und 2024 zwischen den Bundesländern verlegt bzw. werden absehbar verlegt (bitte nach Jahren und Ländern unter Angabe der Anzahl der an den jeweiligen Standorten verorteten Dienstposten aufschlüsseln)?

In den Jahren 2017 bis 2024 gab es zwei Maßnahmen, die bundeslandübergreifend zur Verlegung von Verbänden führten.

Im März 2022 wurde entschieden, die Teile der Flugbereitschaft des BMVg aus Köln (Nordrhein-Westfalen) in Schönefeld (Brandenburg) zusammenzuführen. Der Abschluss der Realisierung dieser Maßnahme wird mit der Fertigstellung der Infrastruktur auf dem Flughafen Berlin/Brandenburg in Schönefeld sichergestellt. Die Anzahl zu verortender Dienstposten beträgt ca. 500.

Im Dezember 2023 wurde die Aufstellung des neuen Logistikbataillons 471 in Osterheide (Niedersachsen) entschieden. Nach Fertigstellung der Infrastruktur am neuen Standort Bernsdorf (Sachsen) wird der Verband dorthin verlegen. Die Anzahl zu verortender Dienstposten beträgt ca. 700.

52. Wo wurden zwischen 2017 und 2024 neue Standorte und neue Fähigkeiten der Bundeswehr stationiert, bzw. wo sollen neue Standorte und neue Fähigkeiten auch über 2024 hinaus eröffnet bzw. verortet werden (bitte nach Jahren und Ländern unter Angabe der Anzahl der an den jeweiligen Standorten verorteten Dienstposten aufschlüsseln)?

Es wird auf die nachstehende Tabelle verwiesen.

Bundesland	Standort	Neuer Standort/Fähigkeiten	Jahr	Dienstposten am Standort gesamt
Nordrhein-Westfalen	Bonn	Kommando Cyber- und Informationsraum	2017	5.520
Baden-Württemberg	Hardheim	Panzerbataillon 363	2018	760
Niedersachsen	Delmenhorst	Logistikbataillon 163	2019	1.670
Baden-Württemberg	Hardheim	Materiallager Hardheim	2020	760
Baden-Württemberg	Pforzheim	Materiallager Huchenfeld	2020	70
Baden-Württemberg	Walldürn	Munitionslager Altheim	2020	940
Niedersachsen	Bückeburg	Kommando Hubschrauber	2020	1.240
Niedersachsen	Lorup	Munitionslager Lorup	2020	40
Rheinland-Pfalz	Kriegsfeld	Munitionslager Kriegsfeld	2020	80
Nordrhein-Westfalen	Königswinter	Materiallager Königswinter	2020	80
Schleswig-Holstein	Ladelund	Materiallager Ladelund	2020	30
Schleswig-Holstein	Bargum	Materiallager Bargum	2020	60
Bayern	Kaufbeuren	Ausbildungsgruppe V Technisches Ausbildungszentrum der Luftwaffe, Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Kaufbeuren und Bundeswehrfeuerwehr	2020	720
Bayern	Veitshöchheim	Fernmeldebataillon 10	2021	1.040
Nordrhein-Westfalen	Uedem	Weltraumkommando der Bundeswehr	2021	560
Berlin	Berlin	Militärrabbinat	2021	7.070
Berlin	Berlin	Territoriales Führungskommando der Bundeswehr	2022	7.070
Sachsen	Bernsdorf	Logistikbataillon 471	2023	700
Schleswig-Holstein	Alt-Duvenstedt	Ausbildungskompanie 1, Seebataillon	2024	190
Schleswig-Holstein	Hohn	Bundeswehrfeuerwehr	2024	60

53. Wo wurde zwischen 2017 und 2024 an bereits bestehenden Standorten der Bundeswehr die Anzahl der am jeweiligen Standort stationierten Soldaten sowie die Anzahl von Verbänden und Einheiten erhöht (bitte nach Jahren und Ländern unter Angabe der Gesamtanzahl der an den jeweiligen Standorten verorteten Dienstposten sowie der Anzahl der Dienstposten, um die der jeweilige Standort erhöht worden ist, aufschlüsseln)?

Es wird auf die nachstehende Tabelle verwiesen.

Bundesland	Standort	2024	2020 bis 2023	2019	2018	2017
Baden-Württemberg	Dornstadt	1.030	1.030	1.030	1.030	1.020
Baden-Württemberg	Hardheim	630	610	610	450	
Baden-Württemberg	Karlsruhe	40	30	30	30	30
Baden-Württemberg	Lauda-Königshofen	20	20	20	20	10
Baden-Württemberg	Laupheim	1.310	1.310	1.320	1.260	1.220
Baden-Württemberg	Mannheim	20	20	20	10	10

Bundesland	Standort	2024	2020 bis 2023	2019	2018	2017
Baden-Württemberg	Meßstetten	20	20	20	10	10
Baden-Württemberg	Müllheim	600	590	600	590	590
Baden-Württemberg	Niederstetten	1.150	1.150	1.150	1.070	1.050
Baden-Württemberg	Pforzheim	5	4			
Baden-Württemberg	Stuttgart	110	120	130	120	100
Baden-Württemberg	Ulm	1.650	1.640	1.650	1.640	1.530
Bayern	Bogen	720	690	700	670	700
Bayern	Cham	510	530	410	440	440
Bayern	Dillingen an der Donau	710	710	720	670	700
Bayern	Donauwörth	110	110	110	110	100
Bayern	Erding	10	8	6	5	6
Bayern	Feldkirchen	790	780	780	780	780
Bayern	Freising	20	20	20	10	10
Bayern	Füssen	1.450	1.120	1.130	1.130	1.130
Bayern	Ingolstadt	1.150	1.050	1.050	1.030	1.030
Bayern	Kaufbeuren	340	370			
Bayern	Kleinaitingen	250	250	250	250	240
Bayern	Manching	260	250	250	230	210
Bayern	München	1.050	1.050	1.050	1.040	990
Bayern	Pöcking	490	490	480	460	440
Bayern	Roding	990	880	880	890	880
Bayern	Roth	460	410	380	410	360
Bayern	Sonthofen	790	400	370	370	360
Bayern	Veitshöchheim	830	900	1.140	670	670
Bayern	Volkach	1.210	1.200	1.200	1.160	1.090
Bayern	Wildflecken	430	420	400	380	400
Berlin	Berlin	4.990	5.060	4.700	4.610	4.550
Brandenburg	Beeskow	20	10	10	10	10
Brandenburg	Döbern	20	20	20	10	10
Brandenburg	Potsdam	190	190	190	190	160
Brandenburg	Schönefeld	1.140	1.170	600	500	530
Brandenburg	Schwielowsee	950	960	960	940	900
Brandenburg	Strausberg	1.730	1.540	1.510	870	780
Bremen	Bremerhaven	410	410	410	400	400
Hamburg	Hamburg	1.360	1.320	1.320	1.310	1.200
Hessen	Fritzlar	1.290	1.290	1.290	1.050	1.050
Hessen	Kassel	80	80	70	70	70
Hessen	Pfungstadt	210	210	210	190	180
Hessen	Schwarzenborn	1.140	1.150	930	960	960
Hessen	Wiesbaden	100	90	90	80	80
Mecklenburg-Vorpommern	Kalkhorst	20	20	20	10	10
Mecklenburg-Vorpommern	Laage	990	980	980	950	960
Mecklenburg-Vorpommern	Putgarten	20	20	20	10	10
Mecklenburg-Vorpommern	Rostock	2.310	2.250	2.240	2.290	2.260
Mecklenburg-Vorpommern	Torgelow	1.260	1.260	1.260	1.250	1.240
Niedersachsen	Aurich	20	20	20	20	20
Niedersachsen	Bückerburg	750	710	720	580	570
Niedersachsen	Delmenhorst	1.550	1.700	1.700	1.410	1.420
Niedersachsen	Faßberg	1.450	1.450	1.430	1.350	1.340
Niedersachsen	Hannover	860	840	840	820	820
Niedersachsen	Lohheide	630	630	510	460	460
Niedersachsen	Lorup	7	7			
Niedersachsen	Lüneburg	720	710	720	670	660

Bundesland	Standort	2024	2020 bis 2023	2019	2018	2017
Niedersachsen	Neustadt am Rübenberge	1.250	1.250	1.200	1.200	1.170
Niedersachsen	Nienburg (Weser)	840	820	820	780	780
Niedersachsen	Osterholz-Scharmbeck	630	640	640	620	540
Niedersachsen	Quakenbrück	190	170	180	180	180
Niedersachsen	Visselhövede	20	20	20	10	10
Niedersachsen	Westerstede	300	290	280	280	260
Niedersachsen	Wunstorf	1.500	1.430	1.430	1.420	1.490
Niedersachsen	Wurster Nordseeküste	2.300	1.930	1.940	1.840	1.840
Nordrhein-Westfalen	Aachen	510	490	490	490	490
Nordrhein-Westfalen	Brakel	20	20	20	20	10
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	200	140	140	130	130
Nordrhein-Westfalen	Erndtebrück	650	650	650	640	640
Nordrhein-Westfalen	Euskirchen	980	1.000	1.000	990	920
Nordrhein-Westfalen	Geilenkirchen	510	510	510	510	490
Nordrhein-Westfalen	Höxter	720	630	630	680	680
Nordrhein-Westfalen	Königswinter	5	4			
Nordrhein-Westfalen	Mechernich	110	110	110	120	70
Nordrhein-Westfalen	Münster	590	510	510	480	480
Nordrhein-Westfalen	Nörvenich	830	820	820	820	810
Nordrhein-Westfalen	Rheine	290	290	290	7	7
Nordrhein-Westfalen	Sankt Augustin	60	60	60	50	50
Nordrhein-Westfalen	Siegburg	280	280	290	300	250
Nordrhein-Westfalen	Uedem	430	390	340	340	340
Nordrhein-Westfalen	Wesel	310	300	300	290	290
Rheinland-Pfalz	Bad Bergzabern	20	10	10	10	10
Rheinland-Pfalz	Cochem	240	190	190	190	190
Rheinland-Pfalz	Daun	1.200	1.130	1.130	1.140	1.150
Rheinland-Pfalz	Diez	170	170	170	160	160
Rheinland-Pfalz	Gerolstein	710	710	720	680	700
Rheinland-Pfalz	Hilscheid	20	20	20	10	10
Rheinland-Pfalz	Koblenz	3.310	3.330	3.320	3.220	2.870
Rheinland-Pfalz	Kriegsfeld	7	8			
Rheinland-Pfalz	Oberarnbach	30	30	30	30	20
Rheinland-Pfalz	Ramstein-Miesenbach	130	130	120	120	120
Rheinland-Pfalz	Zweibrücken	1.230	1.230	1.230	1.230	1.220
Saarland	Saarlouis	490	480	480	480	470
Sachsen	Bernsdorf	700	0			
Sachsen	Delitzsch	520	530	530	530	360
Sachsen	Dresden	460	450	480	480	430
Sachsen	Frankenberg	590	660	660	560	560
Sachsen	Weißkeißel	70	70	70	60	50
Sachsen-Anhalt	Blankenburg (Harz)	170	170	170	170	170
Sachsen-Anhalt	Gardelegen	1.000	990	1.000	980	980
Sachsen-Anhalt	Havelberg	1.110	1.110	1.100	1.050	1.050
Sachsen-Anhalt	Möckern	60	30	30	30	30
Schleswig-Holstein	Alt Duvenstedt	110	0	0	0	0
Schleswig-Holstein	Bargum	4	3			
Schleswig-Holstein	Eckernförde	2.690	2.530	2.600	2.540	2.410
Schleswig-Holstein	Fehmarn	70	50	50	50	50
Schleswig-Holstein	Flensburg	420	420	400	380	370
Schleswig-Holstein	Kronshagen	130	120	120	120	120
Schleswig-Holstein	Kropp	300	240	240	240	240
Schleswig-Holstein	Laboe	30	30	30	20	20

Bundesland	Standort	2024	2020 bis 2023	2019	2018	2017
Schleswig-Holstein	Neustadt in Holstein	320	290	290	280	270
Schleswig-Holstein	Oldenburg in Holstein	220	210	210	240	180
Thüringen	Bad Frankenhausen (Kyffhäuser)	1.140	980	980	980	1.060
Thüringen	Bad Salzungen	1.130	1.090	1.100	1.100	1.100
Thüringen	Nobitz	20	20	20	10	10

54. In welche Standorte der Bundeswehr wurden zwischen 2017 und 2024 Mittel des Bundes von über jeweils 10 000 000 Euro investiert (bitte nach Jahren und Ländern, in denen sich die Standorte befinden, aufschlüsseln)?

In 47 Standorten der Bundeswehr wurden aus Mitteln des Bundes im Zeitraum 2017 bis 2024 jeweils mehr als 10 Mio. Euro investiert. Die detaillierte Aufstellung der Standorte der Bundeswehr nach Bundesländern und Jahren ist als Anlage beigefügt.\*

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/12143 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

**Anlage zur Frage 7 zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Nr. 20/11831 der der Fraktion der CDU/CSU betreffend Regionale Verteilung von Fördermitteln aus Förderprogrammen und Einzelförderungen des Bundes**

Fördermittel in TEuro:

Bundesland	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Baden-Württemberg	501	769	1.396	1.530	1.189	1.119	1.681	1.894	1.281	695	892	1.129	1.427	1.260	1.372	453	14	0
Bayern	1.455	1.595	1.779	1.121	1.610	1.916	2.364	2.736	1.413	1.047	1.158	2.121	3.222	2.465	1.543	814	173	0
Berlin	605	934	370	193	65	574	861	741	555	350	364	136	444	545	156	60	0	0
Brandenburg	417	419	200	69	19	213	269	302	26	0	0	24	55	43	32	0	0	0
Bremen	0	0	0	0	13	141	220	244	50	10	61	106	143	69	6	0	0	0
Hamburg	326	172	40	181	233	311	334	603	306	292	18	0	30	292	292	122	0	0
Hessen	257	63	4	46	36	247	684	265	98	173	159	160	170	406	499	357	43	0
Mecklenburg-Vorpommern	90	0	0	0	0	6	12	30	118	85	18	18	3	0	0	0	0	0
Niedersachsen	297	353	520	469	371	410	459	725	629	344	126	193	318	451	617	1.075	166	0
Nordrhein-Westfalen	1.627	1.956	2.183	1.626	1.833	2.392	2.855	2.869	1.522	1.667	1.205	1.454	1.590	2.790	2.622	1.272	127	0
Rheinland-Pfalz	46	54	361	840	830	364	0	19	44	278	255	623	838	203	211	248	52	0
Saarland	0	0	0	0	0	0	0	0	131	119	105	220	156	22	107	72	26	0
Sachsen	930	1.128	1.069	1.270	1.359	1.371	1.267	1.484	1.752	688	463	524	1.423	1.412	650	211	15	0
Sachsen-Anhalt	56	239	260	316	383	280	346	359	210	239	286	391	233	360	557	173	7	0
Schleswig-Holstein	365	229	2	15	63	89	105	67	16	29	8	137	233	147	296	60	0	0
Thüringen	264	224	142	61	143	168	125	209	455	128	54	141	462	369	56	42	0	0

**Anlage zur Frage 10 zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Nr. 20/11831 der der Fraktion der CDU/CSU betreffend Regionale Verteilung von Fördermitteln aus Förderprogrammen und Einzelförderungen des Bundes**

Fördermittel in TEuro:

Bundesland	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Baden-Württemberg	0	0	109	65	0	0	0	0	8	51	0	475	0	0
Bayern	0	17	16	66	0	35	50	15	0	16	80	131	0	0
Berlin	17	208	138	303	469	550	306	535	1.057	1.252	2.175	1.334	0	0
Brandenburg	153	153	178	171	189	246	146	157	225	1.150	1.686	0	0	200
Bremen	0	100	0	97	65	10	0	0	12	26	0	0	0	0
Hamburg	0	214	0	54	85	95	140	40	0	0	0	21	0	0
Hessen	31	59	67	18	18	0	16	11	0	0	0	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	69	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Niedersachsen	0	24	26	63	293	77	338	758	1.032	648	0	81	661	0
Nordrhein-Westfalen	40	230	31	143	188	136	164	84	107	159	375	230	0	0
Rheinland-Pfalz	0	12	7	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0
Saarland	42	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachsen	49	4	0	37	0	26	17	15	152	101	419	0	1.570	0
Sachsen-Anhalt	100	0	0	48	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein	0	35	0	0	0	0	0	39	0	0	0	0	0	0
Thüringen	0	19	19	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Das erhöhte IST 2021/2022 sind durch Sondermittel („Sofort-Programm für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen“, 2021/22 Sondermittel Kabinettausschuss gegen Rechtsextremismus und Rassismus) begründet. Eine Trennung war aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich.

**Anlage zur Frage 12 zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Nr. 20/11831 der der Fraktion der CDU/CSU betreffend Regionale Verteilung von Fördermitteln aus Förderprogrammen und Einzelförderungen des Bundes**

Fördermittel in TEuro:

Länder	Landkreise	Fördermittel 2024 € <sup>1</sup>	Fördermittel 2024 € (ausgezahlt)	Fördermittel 2024 € (bewilligt)	Fördermittel 2023 € (ausgezahlt)	Fördermittel 2023 € (bewilligt)	Fördermittel 2022 € (ausgezahlt)	Fördermittel 2022 € (bewilligt)	Fördermittel 2021 € (ausgezahlt)	Fördermittel 2021 € (bewilligt)	Fördermittel 2020 € (ausgezahlt)	Fördermittel 2020 € (bewilligt)
Baden-Württemberg		2.827.710,74	697.096,18	385.378,09	2.202.417,93	1.427.013,72	2.082.629,14	4.130.549,34	2.797.489,78	2.445.994,79	653.274,41	2.871.682,24
	Biberach							64.404,40		90.194,49		
	Bodenseekreis											225.000,00
	Breisgau-Hochschwarzwald							60.000,00				60.000,00
	Calw							45.871,97				
	Enzkreis											31.192,80
	Esslingen					2.374,40		58.498,40				
	Freiburg im Breisgau, Stadtkreis			41.523,39		276.724,52				92.820,00		

<sup>1</sup> Noch „gebundene Mittel“; bewilligt aber noch nicht ausgezahlte Mittel aus 2020 bis 2024.

	Freudenstadt						17.978,80		8.743,94		84.810,54
	Göppingen		6.109,87				178.325,31				119.269,32
	Heidelberg, Stadtkreis				6.020,78		137.425,95		17.167,43		1.843,64
	Heilbronn						89.999,99		37.293,85		6.250,08
	Heilbronn, Stadtkreis						156.603,64		4.510,00		7.292,00
	Hohenlohekreis				22.187,00		103.301,04		25.764,07		29.642,00
	Karlsruhe		17.288,01				154.192,75		88.947,62		74.111,19
	Karlsruhe, Stadtkreis		25.221,58				195.000,00		51.248,41		59.692,39
	Konstanz								17.401,71		
	Lörrach				84.944,01		260.143,03		92.073,01		227.322,34
	Ludwigsburg		3.198,00		26.010,06		220.076,18		75.205,48		
	Main-Tauber-Kreis								3.317,44		7.037,60
	Neckar-Odenwald-Kreis				47.509,74		220.308,13		73.758,61		68.748,16
	Ortenaukreis				21.862,25		95.914,68		106.653,32		76.403,80
	Pforzheim, Stadtkreis				114.289,85		289.683,79		270.000,00		54.880,00
	Rastatt						38.098,33		6.142,46		

	Ravensburg					89.755,12						42.926,96
	Rems-Murr-Kreis					1.023,20		225.137,60		225.000,00		137.247,30
	Reutlingen									99.149,24		
	Rhein-Neckar-Kreis					173.851,13		6.025,60				632.088,16
	Rottweil		157.279,32			136.681,16		246.292,39		101.490,80		31.475,78
	Schwäbisch Hall					185.637,59		302.060,52		357.304,07		405.500,68
	Sigmaringen							225.000,00		222.421,56		225.000,00
	Stuttgart, Stadtkreis					71.276,89		185.936,65		17.393,83		
	Tübingen		134.757,92							110.206,45		38.947,50
	Tuttlingen					8.122,05		164.294,63				225.000,00
	Waldshut					21.037,57		30.054,56		90.000,00		
	Zollernalbkreis					137.706,40		359.921,00		161.787,00		
Bayern		6.257.182,85	1.350.923,59	160.638,08	4.222.692,36	3.563.531,53	4.926.165,12	7.665.441,33	4.258.075,78	5.417.084,46	703.964,41	4.912.308,71
	Aichach-Friedberg					315.000,00		313.960,00		315.000,00		246.313,90
	Altötting					66.743,27		206.066,40		175.892,83		
	Ansbach					39.452,80		338.386,23		216.606,00		160.982,16



	Freising				642,60		80.442,79				112.730,69
	Freyung-Grafenau						27.208,04		176.337,20		
	Fürstenfeldbruck				330.490,84		229.088,55		376.725,77		427.431,35
	Fürth				58.472,92		143.158,09		37.135,45		135.000,00
	Garmisch-Partenkirchen				15.251,23				56.416,80		9.494,96
	Günzburg				54.506,01		59.999,66				60.000,00
	Haßberge						41.747,10				
	Hof				153.885,68		259.633,69		270.000,00		405.356,64
	Ingolstadt				101.333,26		169.311,72				144.792,00
	Kelheim				11.860,00		86.212,80		88.850,15		
	Kempten (Allgäu)						276.293,76				
	Kitzingen										17.463,60
	Kreisfreie Stadt Augsburg						139.265,77		10.797,96		180.000,00
	Kulmbach				60.282,15		180.000,00				
	Landsberg am Lech		44.773,13		73.111,46		33.738,40		49.727,56		64.288,79
	Landshut				246.431,09		268.479,21				

	Lichtenfels					32.009, 72		79.954, 65				
	Lindau (Bodensee )					17.933, 87		4.160,0 0		47.049, 80		117.722, 34
	Main- Spessart					8.403,2 3		92.346, 88				42.034,0 8
	Miltenberg									2.260,0 3		8.467,29
	Mühl Dorf a. Inn					12.598, 06		159.51 3,55		180.00 0,00		
	München					9.788,5 6		90.000, 00				
	München, Landeshau ptstadt			54.940, 40		350.91 4,96		856.85 3,51		202.12 2,80		498.977, 00
	Neuburg- Schrobenh ausen					46.262, 40		118.29 6,80		180.00 0,00		
	Neumarkt i.d.OPf.					136.01 0,38		68.856, 27		176.16 5,41		
	Neustadt a.d.Aisch- Bad Windsheim					90.000, 00		89.011, 25		90.000, 00		34.323,6 0
	Nürnberg					96.434, 54		313.51 0,32		114.71 5,52		156.499, 90
	Oberallgäu					62.496, 20						94.408,1 4
	Ostallgäu							101.60 0,16		13.372, 80		
	Passau							81.080, 00		44.570, 55		

	Pfaffenhof en a.d.Ilm				52.719, 30		44.614, 21		84.571, 65		80.008,5 4
	Regen				55.124, 79		153.45 3,40		26.814, 86		92.229,3 4
	Regensbur g				28.998, 54		1.774,4 0		28.596, 00		89.647,2 0
	Rhön- Grabfeld										25.999,4 8
	Rosenhei m								36.156, 00		55.255,6 0
	Rottal-Inn								75.511, 52		22.603,2 9
	Schwabac h										47.887,8 4
	Schwandor f				78.593, 30		266.47 2,20		321.91 1,20		26.319,2 0
	Schweinfur t				22.828, 00		90.000, 00		90.000, 00		
	Starnberg				46.414, 49		61.011, 15		75.758, 69		
	Straubing				114.00 2,79		232.53 0,52		146.60 9,00		315.000, 00
	Tirschenre uth				63.860, 44				70.921, 66		11.062,2 4
	Traunstein				43.822, 00		302.40 6,00		124.09 1,41		119.848, 68
	Unterallgä u				15.940, 53		84.853, 08		7.879,0 0		17.283,3 4
	Weiden i.d.OPf.		60.924, 55		63.735, 13		135.00 0,00				
	Weilheim- Schongau				39.600, 00				116.23 6,00		
	Weißbur g-						79.852, 16		21.295, 76		

	Gunzenhausen											
	Wunsiedel i. Fichtelgebirge									36.503,36		
	Würzburg					11.858,97		138.751,22		19.928,51		
Berlin	Berlin, Stadt	3.164.317,39	400.567,03	5.364,00	1.890.568,65	1.383.292,68	1.165.271,74	2.147.401,48	672.595,39	2.539.248,36	393.997,47	1.612.011,15
Brandenburg		1.080.865,96	146.555,01		887.846,93	437.293,63	644.170,93	1.558.605,12	656.585,08	681.121,52	102.729,24	841.732,88
	Barnim					143.506,26		249.132,93		99.114,34		187.498,09
	Brandenburg an der Havel, Stadt							239.450,23		77.513,95		189.077,60
	Cottbus, Stadt					22.750,91		86.914,39		135.000,00		97.239,18
	Dahme-Spreewald									35.776,00		25.180,77
	Elbe-Elster							90.000,00				
	Havelland					60.669,02		60.000,00		60.000,00		60.000,00
	Märkisch-Oderland									13.355,20		
	Oberhavel					33.504,92		36.461,90				6.738,32
	Oberspreewald-Lausitz											85.097,32
	Oder-Spree							134.635,84				14.039,28

	Ostholstein											5.532,00
	Ostprignitz -Ruppin					34.154, 06		127.22 4,77		72.110, 40		13.453,5 2
	Potsdam, Stadt					24.983, 68		177.88 5,92		60.000, 00		
	Potsdam- Mittelmark					47.480, 98		74.502, 56		13.389, 03		60.000,0 0
	Prignitz					39.915, 60		9.618,7 2		114.86 2,60		
	Spree- Neiße							75.915, 04				82.724,8 0
	Teltow- Fläming					30.328, 20		14.502, 56				
	Uckermark							182.36 0,26				15.152,0 0
Bremen	Bremen, Stadt	60.394, 42	5.475,5 0		210.04 2,86	8.248,8 0	102.81 1,05	144.75 4,98	13.397, 11	224.74 4,05	13.200, 00	27.573,1 1
Hamburg	Hamburg, Freie und Hansestad t	261.44 1,93	20.935, 71		155.90 5,39	151.40 9,08	193.34 8,11	290.03 1,20	363.01 4,34	344.90 1,28	40.066, 21	248.370, 13
Hessen		1.682.3 95,11	377.41 5,07	57.856, 81	1.171.2 06,59	713.06 8,26	1.345.0 45,56	2.080.6 99,24	979.68 2,68	1.670.7 04,35	561.91 3,70	1.595.33 0,05
	Bergstraße							90.000, 00				291.737, 53
	Darmstadt- Dieburg							60.000, 00		20.976, 80		65.341,2 9
	Frankfurt am Main, Stadt					49.390, 00		371.35 1,78		316.91 2,64		77.913,4 4
	Hersfeld- Rotenburg					99.600, 00		224.80 0,00		225.00 0,00		63.156,9 2
	Hochtaunu skreis					17.840, 80		57.607, 00		8.036,0 4		10.880,0 0

	Kassel					22.217, 51		54.241, 44		53.378, 62		314.851, 34
	Kassel, documenta -Stadt							58.615, 08		37.632, 00		32.662,4 1
	Lahn-Dill- Kreis											5.322,40
	Main- Kinzig- Kreis											225.000, 00
	Main- Taunus- Kreis							73.654, 40				16.968,8 0
	Marburg- Biedenkopf			57.856, 81		173.31 5,88		314.00 1,49		180.85 0,87		
	Odenwaldk reis							19.125, 44		6.463,2 0		
	Offenbach					11.486, 25		153.32 7,59		34.888, 08		103.775, 04
	Rheingau- Taunus- Kreis									19.992, 44		
	Schwalm- Eder-Kreis							291.50 6,60				105.955, 03
	Vogelsber gkreis							60.000, 00				
	Waldeck- Frankenbe rg					95.618, 60		85.761, 60		134.90 5,00		
	Werra- Meißner- Kreis					34.889, 80				221.58 3,17		101.767, 76
	Wetteraukr eis					127.16 7,38		166.70 6,82		196.56 8,69		179.998, 09

	Wiesbaden , Landeshauptstadt					81.542, 04				213.51 6,80		
Mecklenburg- Vorpommern		440.35 6,18	88.854, 47		809.41 7,00	252.67 8,89	566.07 4,76	1.282.2 74,78	312.58 5,68	602.25 7,93	409.27 4,65	489.351, 14
	Landkreis Rostock					87.148, 00		135.05 5,92		160.31 6,40		115.390, 34
	Ludwigslust- Parchim					13.229, 87		135.00 0,00		113.71 9,28		42.097,2 8
	Mecklenburgische Seenplatte							220.46 6,36		15.428, 80		1.863,52
	Nordwestmecklenburg							155.73 9,68				
	Rostock					83.080, 62						
	Schwerin					69.220, 40		104.67 9,30				
	Vorpommern- Greifswald							261.33 3,52		48.000, 00		
	Vorpommern-Rügen							270.00 0,00		264.79 3,45		330.000, 00
Niedersachsen		1.609.1 90,20	246.60 1,24	232.02 8,53	1.830.5 41,95	678.09 1,95	1.722.5 48,50	3.045.9 66,67	2.358.2 16,43	2.315.0 36,48	1.027.1 04,68	2.523.07 9,37
	Aurich							52.780, 80				
	Cloppenburg					41.453, 00				135.43 7,72		

	Cuxhaven						15.770,40				38.980,80
	Diepholz						264.373,72		187.710,85		24.382,55
	Emden, Stadt				29.018,88		248.240,92				
	Emsland				6.264,90		9.966,26		6.795,03		347.472,80
	Gifhorn						38.871,12				
	Göttingen				29.366,07		15.788,17		49.973,37		190.628,69
	Harburg				73.815,50		161.091,96		36.651,45		33.639,10
	Heidekreis										270.672,50
	Helmstedt						152.821,63		89.790,42		148.496,00
	Holzminde n								180.000,00		180.000,00
	Lüchow- Dannenber g								46.700,00		
	Lüneburg			171.676,53			36.808,00		140.158,51		
	Nienburg (Weser)						135.000,00		108.717,30		121.870,22
	Northeim						60.000,00		60.000,00		14.557,74
	Oldenburg (Oldenburg , Stadt			23.572,00	21.757,40		185.506,76		196.639,38		224.029,92
	Osnabrück				16.548,70		88.309,60		86.106,44		145.231,00

	Osnabrück, Stadt							119.34 4,54		81.448, 80		90.710,4 0
	Osterholz					4.304,3 0		126.17 3,52		95.900, 10		85.493,6 5
	Peine							12.663, 78		71.475, 33		
	Region Hannover							9.792,0 0		64.492, 89		
	Salzgitter, Stadt							22.002, 52		22.720, 44		9.224,00
	Schaumbu rg							87.380, 48				10.562,4 0
	Stade					211.20 0,00		240.45 4,61		180.48 6,69		86.408,5 6
	Uelzen					51.520, 14		59.857, 36				90.000,0 0
	Vechta			36.780, 00		151.72 5,69		542.41 0,37		325.17 3,08		116.546, 83
	Verden							211.37 4,67		144.00 5,20		201.717, 93
	Wesermar sch							90.000, 00				67.205,4 8
	Wittmund											6.284,80
	Wolfenbütt el					41.117, 37						
	Wolfsburg, Stadt							59.183, 48		4.653,4 8		18.964,0 0
Nordrhein- Westfalen		3.276.5 89,16	672.47 9,17	563.74 5,31	2.658.7 96,50	1.199.8 23,42	2.527.1 72,30	4.550.9 94,04	2.719.6 59,51	3.793.4 89,98	728.30 7,03	2.474.95 0,92
	Bielefeld, Stadt			102.74 3,84				78.614, 56		135.00 0,00		
	Bochum, Stadt					16.091, 20		503.93 9,20		270.00 0,00		136.299, 25

	Bonn, Stadt											3.724,08
	Borken							315.00 0,00		315.00 0,00		529.400, 37
	Coesfeld							487.41 6,20		226.30 5,00		144.078, 76
	Dortmund, Stadt					37.283, 69		139.89 6,00		42.688, 00		54.861,4 4
	Duisburg, Stadt							36.739, 71		89.999, 24		
	Düsseldorf , Stadt							134.54 0,80				114.981, 28
	Ennepe- Ruhr-Kreis					7.508,1 9		13.392, 80		32.666, 56		
	Essen, Stadt							177.98 7,41		221.52 7,60		
	Gelsenkir- chen, Stadt					2.032,3 0		135.00 0,00		109.87 9,40		
	Gütersloh									134.63 0,20		
	Heinsberg			122.30 7,55		135.00 0,00		135.00 0,00				30.514,6 7
	Hochsauer landkreis											90.000,0 0
	Höxter			13.233, 80		14.554, 40		142.33 5,20		228.82 6,00		135.000, 00
	Kleve											225.000, 00
	Köln, Stadt					156.19 9,68		305.19 8,14		400.57 0,69		177.061, 88
	Leverkuse n, Stadt					22.095, 04				48.489, 94		
	Lippe					23.572, 56		63.385, 68				39.788,0 0

	Märkischer Kreis				26.859,14		13.800,00				126.543,11
	Mettmann						90.000,00		124.439,20		135.000,00
	Minden-Lübbecke				43.122,64		136.654,48		155.688,00		14.676,78
	Mülheim an der Ruhr, Stadt								8.037,22		
	Münster, Stadt		135.000,00		135.000,00		268.725,50		135.000,00		
	Oberbergischer Kreis						48.633,87				
	Oberhausen, Stadt				132.860,00				198.791,29		
	Olpe				86.393,32		171.244,32		39.232,44		140.565,10
	Recklinghausen				12.259,40		225.000,00				
	Rhein-Erft-Kreis								57.843,09		
	Rhein-Sieg-Kreis				143.876,00		287.286,25				11.349,60
	Siegen-Wittgenstein				4.638,74		112.419,30				
	Soest								59.899,16		
	Städteregion Aachen		190.460,12		180.929,28		325.146,80		529.976,58		178.024,08
	Steinfurt						30.729,92				10.394,72

	Unna									115.20 0,00		
	Viersen											117.025, 80
	Warendorf					19.547, 84		108.73 6,80		90.000, 00		60.662,0 0
	Wuppertal, Stadt							64.171, 10		23.800, 37		
Rheinland- Pfalz		1.177.5 29,22	166.54 9,39	49.155, 20	1.630.2 39,57	663.55 0,22	1.544.3 06,85	2.604.0 38,82	2.311.2 47,85	2.521.3 03,84	438.98 3,09	1.430.80 7,89
	Ahrweiler					9.598,9 1		56.200, 00		2.909,5 7		2.244,00
	Altenkirche n (Westerwal d)									51.118, 52		55.134,9 0
	Alzey- Worms					1.607,6 0				52.600, 00		32.744,0 0
	Bad Dürkheim					27.671, 64				149.60 0,00		93.320,0 0
	Bernkastel -Wittlich											19.554,0 0
	Birkenfeld							174.69 8,80		208.48 6,89		106.870, 28
	Cochem- Zell					34.236, 40		14.450, 48		89.300, 64		97.702,7 5
	Eifelkreis Bitburg- Prüm			49.155, 20		49.364, 64		90.000, 00		90.000, 00		90.000,0 0
	Frankenth al (Pfalz), kreisfreie Stadt					55.684, 50		172.17 8,34		225.00 0,00		

	Kaiserslautern					134.69 6,16		329.88 0,84		56.881, 88		17.203,9 9
	Kaiserslautern, kreisfreie Stadt					3.372,0 0				59.963, 04		
	Koblenz, kreisfreie Stadt							123.60 2,46				
	Mainz, kreisfreie Stadt											39.005,2 0
	Mainz- Bingen							90.000, 00				16.931,8 4
	Mayen- Koblenz							90.000, 00				
	Neustadt an der Weinstraße, kreisfreie Stadt									174.37 4,21		
	Neuwied					74.967, 51		327.03 7,31		411.47 2,34		358.042, 05
	Pirmasens, kreisfreie Stadt									47.408, 43		5.960,00
	Rhein- Hunsrück- Kreis							34.934, 89		90.000, 00		10.453,3 2
	Rhein- Lahn-Kreis					72.602, 40		187.84 8,99		138.12 4,80		
	Rhein- Pfalz-Kreis					9.393,9 6						42.765,5 6

	Speyer, kreisfreie Stadt							205.88 8,05		233.96 0,72		
	Trier, kreisfreie Stadt					103.14 0,00						
	Vulkaneifel					40.343, 70		228.47 8,66		180.00 0,00		240.000, 00
	Westerwal dkreis							405.00 0,00		88.127, 63		202.876, 00
	Zweibrück en, kreisfreie Stadt					46.870, 80		73.840, 00		171.97 5,17		
Saarland		308.96 8,33	79.598, 66		624.04 8,70	116.42 3,09	480.13 4,07	845.99 7,30	104.16 5,06	620.75 0,60	58.966, 45	72.710,2 8
	Neunkirch en							153.89 2,08		69.920, 00		
	Regionalve rband Saarbrück en					22.586, 40		234.15 6,72		15.744, 48		7.192,00
	Saarlouis					92.420, 69		228.55 6,50		413.88 9,67		
	Saarpfalz- Kreis					1.416,0 0		180.00 0,00				65.518,2 8
	St. Wendel							49.392, 00		121.19 6,45		
Sachsen		1.659.0 72,98	234.57 0,46	245.93 8,56	1.305.8 37,67	902.94 7,77	810.06 6,89	2.208.0 43,62	835.60 7,14	938.56 8,72	45.487, 15	595.143, 62
	Bautzen					27.996, 22		78.556, 84				6.738,32
	Chemnitz, Stadt							47.394, 27				

	Dresden, Stadt			65.938, 56		74.207, 72		448.31 4,72		67.789, 70		26.706,4 0
	Erzgebirgs kreis							132.57 4,85		58.360, 00		274.759, 09
	Görlitz			180.00 0,00		180.00 0,00		180.00 0,00		8.392,0 0		45.144,7 9
	Leipzig							86.441, 00		49.172, 56		
	Leipzig, Stadt					107.84 9,01		96.369, 24		381.96 4,48		43.802,9 7
	Meißen					382.28 2,40		485.06 0,04		3.942,2 3		3.654,59
	Mittelsachs en							148.87 0,79		224.37 3,90		182.382, 28
	Nordsachs en							145.76 2,04		44.649, 20		
	Sächsisch e Schweiz- Osterzgebi rge					130.61 2,42		223.69 9,83		31.737, 79		
	Vogtlandkr eis											11.955,1 8
	Zwickau							135.00 0,00		68.186, 86		
Sachsen- Anhalt		771.51 5,21	207.81 9,45		354.41 0,90	358.50 9,86	624.65 6,45	899.33 4,53	645.53 1,28	1.181.4 01,81	232.02 4,88	396.711, 97
	Altmarkkrei s Salzwedel					52.873, 00				221.05 0,00		
	Anhalt- Bitterfeld					101.73 5,48		133.79 4,99		72.221, 16		
	Burgenlan dkreis							393.08 6,40		405.00 0,00		180.000, 00

	Halle (Saale), Stadt							39.711, 80		62.247, 40		
	Harz					146.52 5,16		68.289, 60		36.258, 00		
	Jerichower Land							4.796,0 0		67.519, 41		77.975,9 7
	Mansfeld- Südharz					29.160, 00		126.74 8,40		131.88 6,32		
	Salzlandkr eis							81.489, 44		178.23 3,20		
	Stendal					28.216, 22		36.915, 34		6.986,3 2		
	Wittenberg							14.502, 56				138.736, 00
Schleswig- Holstein		1.854.8 38,04	242.51 8,53	56.122, 24	1.087.2 58,97	957.33 6,41	1.542.6 17,82	2.779.5 27,66	2.480.2 39,44	2.412.6 82,40	153.07 4,51	1.154.87 8,60
	Dithmarsc hen					134.26 2,18		293.68 5,19		421.78 0,28		185.476, 06
	Flensburg, Stadt									51.360, 80		
	Herzogtum Lauenburg					148.22 9,35		326.59 8,31		319.17 7,17		156.425, 70
	Kiel, Landeshau ptstadt			28.278, 48		74.611, 93		170.32 0,80		119.94 3,31		114.274, 44
	Lübeck, Hansestad t									18.542, 40		
	Nordfriesla nd					161.37 1,99		393.15 9,44		336.15 0,40		269.282, 58
	Ostholstein			27.843, 76		100.29 2,88		84.557, 58		265.09 1,51		12.578,1 8

	Pinneberg					10.150, 20		620.86 7,86		331.93 0,37		241.226, 18
	Plön							53.175, 51		27.499, 20		32.069,9 0
	Rendsburg - Eckernförde					119.80 7,95		217.67 1,84		186.14 4,02		108.000, 80
	Schleswig- Flensburg					28.216, 22		131.10 5,58				6.738,32
	Segeberg					180.39 3,71		310.56 6,02		236.41 5,38		22.616,8 4
	Steinburg							76.299, 53				6.189,60
	Stormarn							101.52 0,00		98.647, 56		
Thüringen		1.229.7 81,62	355.72 4,98		1.475.0 02,57	948.68 5,45	752.00 7,43	1.716.8 11,39	369.45 0,05	1.274.1 20,03	155.36 1,49	397.711, 27
	Altenburge r Land									19.923, 47		
	Erfurt, Stadt											8.484,22
	Gera, Stadt							66.232, 68		135.00 0,00		134.183, 48
	Gotha					84.480, 00				260.48 0,00		
	Greiz					11.608, 54				3.896,0 0		
	Ilm-Kreis					30.185, 12		96.973, 20		37.612, 57		159.171, 66
	Jena, Stadt							48.716, 12		44.333, 21		52.612,0 0
	Kyffhäuser kreis					32.795, 60						



Anlage

Drucksache 20/11831

– 23 – Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode

Hamburg	207.482,88 €	207.236,52 €	84.429,97 €	52.309,10 €	291.912,85 €	259.545,62 €
Hessen	599.115,75 €	599.115,75 €	116.628,00 €	4.479,53 €	715.743,75 €	603.595,28 €
Mecklenburg-Vorpommern	248.621,60 €	248.621,60 €	0,00 €	0,00 €	248.621,60 €	248.621,60 €
Niedersachsen	491.254,10 €	490.148,82 €	87.150,92 €	87.150,92 €	578.405,02 €	577.299,74 €
Nordrhein-Westfalen	1.313.148,73 €	979.394,36 €	2.521.747,92 €	2.321.631,31 €	3.834.896,65 €	3.301.025,67 €
Rheinland-Pfalz	461.835,16 €	449.765,19 €	304.041,64 €	292.616,04 €	765.876,80 €	742.381,23 €
Saarland	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sachsen	5.431,52 €	5.431,50 €	1.179.502,99 €	1.066.598,73 €	1.184.934,51 €	1.072.030,23 €
Sachsen-Anhalt	4.014,48 €	4.014,48 €	17.826,99 €	17.826,99 €	21.841,47 €	21.841,47 €
Schleswig-Holstein	391.341,94 €	391.203,50 €	141.962,71 €	66.260,98 €	533.304,65 €	457.464,48 €
Thüringen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Landkreise 2020:

Bundesländer	bewilligte Fördermittel 2020	Landkreise	bewilligte Fördermittel 2020 nach Landkreisen
Baden-Württemberg	671.058,76 €		
		Heilbronn, Stadtkreis	117.500,00 €
		Karlsruhe	5.497,12 €
		Mannheim	301.919,18 €
		Ostalbkreis	240.000,00 €
		Ortenaukreis	6.142,46 €
Bayern	1.755.994,19 €		
		Amberg	123.837,06 €
		Bayreuth	25.382,18 €
		Cham	133.600,00 €

		Erlangen-Höchstadt	6.374,65 €
		Landsberg am Lech	315.000,00 €
		Memmingen	315.000,00 €
		München	255.037,54 €
		Neu-Ulm	315.000,00 €
		Nürnberg	237.681,64 €
		Passau	29.081,12 €
Berlin	348.518,85 €		
		Berlin	348.518,85 €
Brandenburg	4.202,42 €		
		Cottbus	2.339,32 €
		Potsdam	1.863,10 €
Bremen	0,00 €		
			0,00 €
Hamburg	207.482,88 €		
		Hamburg	207.482,88 €
Hessen	599.115,75 €		
		Bergstraße	64.161,30 €
		Limburg-Weilburg	315.000,00 €
		Main-Kinzig-Kreis	84.387,00 €
		Main-Taunus-Kreis	135.567,45 €
Mecklenburg-Vorpommern	248.621,60 €		
		Schwerin	248.621,60 €
Niedersachsen	491.254,10 €		
		Delmenhorst	314.331,38 €
		Grafschaft Bentheim	886,96 €
		Lüneburg	175.148,80 €

		Wilhelmshaven	886,96 €
Nordrhein-Westfalen	1.313.148,73 €		
		Aachen	78.600,06 €
		Bochum	319.654,28 €
		Duisburg	2.924,28 €
		Düsseldorf	8.222,66 €
		Ennepe-Ruhr-Kreis	102.373,84 €
		Leverkusen, Stadt	96.490,04 €
		Märkischer Kreis	68.863,20 €
		Mettmann	8.943,25 €
		Minden-Lübbecke	886,96 €
		Münster	315.000,00 €
		Paderborn	886,96 €
		Rhein-Erft-Kreis	2.788,24 €
		Rhein-Kreis Neuss	3.514,96 €
		Steinfurt	304.000,00 €
Rheinland-Pfalz	461.835,16 €		
		Bad Kreuznach	315.000,00 €
		Kaiserslautern, kreisfreie Stadt	3.500,62 €
		Landau in der Pfalz, kreisfreie Stadt	70.386,48 €
		Neustadt an der Weinstraße, kreisfreie Stadt	72.948,06 €
Saarland	0,00 €		
			0,00 €
Sachsen	5.431,52 €		
		Dresden	5.431,52 €
Sachsen-Anhalt	4.014,48 €		
		Dessau-Roßlau, Stadt	2.109,68 €

## Anlage

Drucksache 20/11831

– 26 – Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode

		Saalekreis	1.904,80 €
Schleswig-Holstein	391.341,94 €		
		Flensburg, Stadt	1.222,74 €
		Kiel	315.000,00 €
		Nordfriesland	75.119,20 €
Thüringen	0,00 €		

Landkreise 2021:

Bundesländer	bewilligte Fördermittel 2021	ausgereichte Fördermittel	Landkreise	bewilligte Fördermittel 2021 nach Landkreisen
Baden-Württemberg	1.432.853,20 €	1.405.246,36 €		
			Baden-Baden	34.242,00 €
			Bodenseekreis	80.721,90 €
			Böblingen	374.950,56 €
			Karlsruhe	300.389,68 €
			Konstanz	260.518,04 €
			Mannheim	40.974,16 €
			Reutlingen	45.714,86 €
			Zollernablkreis	295.342,00 €
Bayern	2.299.866,40 €	2.249.080,01 €		
			Amberg	34.242,00 €
			Aschaffenburg	30.884,25 €
			Bayreuth	269.141,69 €
			Cham	88.213,92 €
			Coburg	12.455,40 €
			Erding	276.560,00 €

			Freising	205.506,91 €
			Kaufbeuren	32.771,20 €
			Kitzingen	318.615,85 €
			Landshut	301.972,00 €
			Mühldorf am Inn	315.000,00 €
			München	59.962,46 €
			Passau	284.643,12 €
			Rottal-Inn	69.917,60 €
Berlin	494.652,73 €	461.104,29 €		
			Berlin	494.652,73 €
Brandenburg	39.941,60 €	8.809,69 €		
			Cottbus	8.809,69 €
			Potsdam	31.131,91 €
Bremen	0,00 €	0,00 €		
				0,00 €
Hamburg	75.557,93 €	43.437,06 €		
			Hamburg	75.557,93 €
Hessen	116.628,00 €	4.479,53 €		
			Kassel, document-Stadt	56.628,00 €
			Wiesbaden, Landeshauptstadt	60.000,00 €
Mecklenburg-Vorpommern	0,00 €	0,00 €		
				0,00 €
Niedersachsen	96.022,96 €	96.022,96 €		
			Goslar	34.242,00 €
			Grafschaft Bentheim	8.872,04 €

			Salzgitter, Stadt	44.025,60 €
			Wilhelmshaven, Stadt	8.883,32 €
Nordrhein-Westfalen	2.521.747,92 €	2.321.631,31 €		
			Aachen	211.877,28 €
			Bochum	34.431,17 €
			Borken	118.581,97 €
			Duisburg	18.087,40 €
			Düsseldorf	22.849,39 €
			Euskirchen	29.764,96 €
			Gütersloh	315.000,00 €
			Herne, Stadt	270.000,00 €
			Höxter	82.040,39 €
			Köln	309.037,18 €
			Leverkusen, Stadt	209.934,26 €
			Märksicher Kreis	51.529,98 €
			Minden-Lübbecke	17.763,66 €
			Paderborn	43.125,32 €
			Rhein-Erft-Kreis	21.696,83 €
			Rheinisch-Bergischer Kreis	36.679,28 €
			Rhein-Kreis Neuss	97.420,11 €
			Soest	156.850,24 €
			Steinfurt	58.562,64 €
			Unna	233.742,56 €
			Wesel	182.773,30 €
Rheinland-Pfalz	304.041,64 €	292.616,04 €		
			Kaiserslautern, kreisfreie Stadt	14.489,39 €
			Landau in der Pfalz, kreisfreie Stadt	20.369,25 €

			Mainz, kreisfreie Stadt	268.834,20 €
			Neustadt an der Weinstraße, kreisfreie Stadt	348,80 €
Saarland	0,00 €	0,00 €		
				0,00 €
Sachsen	1.179.502,99 €	1.066.598,73 €		
			Chemnitz, Stadt	247.129,60 €
			Dresden	181.990,93 €
			Görlitz	200.816,00 €
			Vogtlandkreis	303.765,04 €
			Zwickau	245.801,42 €
Sachsen-Anhalt	17.826,99 €	17.826,99 €		
			Dessau-Roßlau, Stadt	9.021,83 €
			Saalekreis	8.805,16 €
Schleswig-Holstein	141.962,71 €	66.260,98 €		
			Flensburg, Stadt	15.229,01 €
			Nordfriesland	126.733,70 €
Thüringen	0,00 €	0,00 €		

**Anlage zur Frage 42 zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Nr. 20/11831 der der Fraktion der CDU/CSU betreffend Regionale Verteilung von Fördermitteln aus Förderprogrammen und Einzelförderungen des Bundes**

Bundesland	Anzahl Stand Mai 2024	Zusage- volumen Stand Mai 2024 [in Mio. Euro]	Anzahl 2023	Zusage- volumen 2023 [in Mio. Euro]	Anzahl 2022	Zusage- volumen 2022 [in Mio. Euro]	Anzahl 2021	Zusage- volumen 2021 [in Mio. Euro]	Anzahl 2020	Zusage- volumen 2020 [in Mio. Euro]
Baden- Württemberg	4.302	9,9	4.483	11,0	8.367	17,4	18.834	29,4	25.174	45,9
Bayern	4.574	10,3	4.578	10,7	6.894	14,7	15.662	25,6	21.364	39,0
Berlin	298	0,6	337	1,1	1.212	1,2	2.764	2,3	3.477	3,5
Brandenburg	399	0,8	458	0,8	1.031	1,4	2.244	2,4	2.633	3,0
Bremen	95	0,2	106	0,2	297	0,4	588	0,6	700	0,9
Hamburg	171	0,4	184	0,4	533	0,6	1.407	1,4	1.692	2,0
Hessen	1.640	3,2	1.909	4,0	4.033	6,2	9.638	12,1	12.290	17,7
Mecklenburg- Vorpommern	201	0,3	188	0,4	284	0,5	724	0,9	963	1,4
Niedersachsen	2.096	4,2	2.192	4,5	4.333	7,1	9.472	12,0	12.296	18,2
Nordrhein- Westfalen	4.165	8,5	5.184	10,6	11.053	15,2	26.810	29,7	33.176	43,0
Rheinland-Pfalz	1.533	3,2	1.661	3,5	3.319	5,8	6.883	8,7	8.942	13,0
Saarland	452	0,9	478	1,0	966	1,7	2.257	2,8	2.976	4,5
Sachsen	761	1,4	728	1,4	1.295	2,2	2.640	3,4	3.457	4,7
Sachsen-Anhalt	352	0,6	279	0,5	584	0,9	1.499	1,7	1.871	2,3
Schleswig-Holstein	458	0,8	594	1,1	1.237	1,7	2.756	3,1	3.590	4,5
Thüringen	413	0,8	414	0,8	590	1,3	1.264	1,7	1.707	2,4
ohne Angaben										
Gesamt	21.910	46	23.773	52	46.028	78	105.442	138	136.308	206

	Anzahl I 2019	Zusage- volumen 2019 [in Mio. Euro]	Anzahl I 2018	Zusage- volumen 2018 [in Mio. Euro]	Anzahl 2017	Zusage- volumen 2017 [in Mio. Euro]	Anzahl 2016	Zusage- volumen 2016 [in Mio. Euro]	Anzahl I 2015	Zusage- volumen 2015 [in Mio. Euro]	Anzahl I 2014	Zusage- volumen 2014 [in Mio. Euro]
Baden- Württemberg	17.096	25,1	14.868	19,1	11.499	12,0	11.688	14,1	4.374	7,2	269	0,5
Bayern	14.418	22,1	12.381	16,0	10.101	10,1	9.198	11,5	3.532	6,0	259	0,5
Berlin	2.567	1,9	2.534	1,7	1.928	1,2	1.642	1,3	387	0,4	38	0,1
Brandenburg	1.657	1,6	1.524	1,3	1.329	1,0	1.544	1,2	407	0,4	37	0,1
Bremen	598	0,6	446	0,4	340	0,3	326	0,3	115	0,1	15	0,0
Hamburg	1.478	1,3	1.234	0,9	1.023	0,7	707	0,7	194	0,2	14	0,0
Hessen	8.548	10,5	7.233	7,7	5.336	5,0	4.689	5,5	1.980	3,2	132	0,2
Mecklenburg- Vorpommern	585	0,6	462	0,4	334	0,3	469	0,4	197	0,2	18	0,0
Niedersachse n	8.577	10,4	7.405	7,6	5.624	5,0	5.136	5,5	1.972	2,8	165	0,2
Nordrhein- Westfalen	23.216	25,0	19.834	18,7	14.777	12,2	15.046	14,7	4.868	6,6	515	0,8
Rheinland- Pfalz	6.655	8,3	5.975	6,6	4.090	4,0	3.748	4,4	1.601	2,4	148	0,3
Saarland	1.891	2,4	1.314	1,7	849	0,9	935	1,4	587	0,8	54	0,1
Sachsen	2.557	3,0	2.399	2,2	1.815	1,3	2.012	1,7	544	0,7	38	0,1
Sachsen- Anhalt	1.373	1,5	1.215	1,1	1.021	0,7	833	0,7	343	0,4	23	0,0
Schleswig- Holstein	2.855	2,8	2.625	2,2	2.081	1,7	1.927	1,6	571	0,7	46	0,1
Thüringen	1.039	1,4	974	1,0	691	0,5	788	0,9	292	0,4	19	0,0
ohne Angaben					35.705	44,3	4.406	2,8				
Gesamt	95.110	119	82.423	89	98.543	101	65.094	69	21.964	33	1.790	3

Hinweise:

- In den Jahren 2015 bis 2022 wurde im Programm Altersgerecht Umbauen - Zuschuss neben Maßnahmen zur Barrierereduzierung ebenfalls Maßnahmen zum Einbruchschutz gefördert.
- Maßnahmen zur Barrierereduzierung wurden bereits in den Jahren 2009 bis 2011 durch bundesverbilligte Kredite und von 2010 bis 2011 ebenfalls durch Zuschüsse aus Bundesmitteln gefördert.

**Anlage zur Frage 54 zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Nr. 20/11831 der der Fraktion der CDU/CSU betreffend Regionale Verteilung von Fördermitteln aus Förderprogrammen und Einzelförderungen des Bundes**

Investitionen in Euro:

Bundesland	Standort	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024*
Berlin	BERLIN	28.908.568	30.268.911	22.943.971	20.155.510	21.639.305	25.016.285	36.644.086	10.825.784
Baden- Württemberg	BRUCHSAL		17.299.841	15.540.174					
	CALW	11.504.853			11.057.490			22.433.918	
	LAUPHEIM			18.401.912	12.781.439				
	NIEDERSTETTEN		11.208.287	10.809.712		10.819.656	16.051.133	16.834.951	
	STETTEN AM KALTEN MARKT	14.275.217	13.800.120	15.508.809	19.194.575	15.355.169		15.825.498	
	ULM	20.614.186	19.254.240	26.399.769	25.188.022	13.969.886	13.972.745	24.978.786	
Bayern	WALLDÜRN							10.589.465	
	BISCHOFSWIESEN							10.294.588	
	HAMMELBURG							15.711.611	
	KUEMMERSBRUCK			12.119.729	10.158.159				
	MANCHING			16.796.710	44.479.503	27.974.412			
	MUENCHEN		11.103.893	10.139.548	20.735.560	13.530.007			
	NEUBIBERG	20.460.363	28.985.783	20.082.993	22.614.662	28.255.373	29.063.623	18.372.556	
	POECKING	15.420.538	25.375.750	23.227.528	11.611.484				
ROTH	12.263.955	11.956.029	21.435.838	23.693.943	30.042.435	34.245.070	21.685.944		
SONTHOFEN	18.269.216	36.008.247	47.219.755	45.743.017	29.981.877	26.687.317	36.853.419		
Hessen	SCHWARZENBORN					33.369.880			
Hamburg	HAMBURG	20.237.747	23.907.072	31.759.150	37.742.514	61.063.692	48.036.663	65.300.927	24.958.657
Mecklenburg- Vorpommern	LAAGE					10.034.512	10.727.011		

	ROSTOCK		14.512.449	20.724.570	16.697.665	10.044.876			
Niedersachsen	MEPPEN						11.486.337	11.469.942	
	MUNSTER	19.043.833	22.264.786	37.060.055	32.395.566	26.151.503	21.473.870	21.894.200	
	OSTERHOLZ- SCHARMBECK				14.701.063	12.429.588			
	WILHELMSHAVEN	24.652.872	26.170.480	20.720.132	25.705.770	24.850.473	33.048.740	37.987.668	12.568.194
	WITTMUND							154.174.379	38.157.108
	WUNSTORF	26.471.837	26.612.813	16.406.274	12.466.108				
Nordrhein- Westfalen	AUGUSTDORF	17.632.613	12.418.463				10.310.866		
	EUSKIRCHEN		17.641.562	18.572.407	16.411.075	14.877.515	10.387.140	13.884.306	
	HILDEN	10.164.387							
	KALKAR		10.050.316	12.140.045		12.198.996			
	KOELN	38.347.711	33.946.858	35.061.821	35.381.087	33.250.591	21.931.865	11.151.159	
	UEDEM				10.988.822				
	UNNA							18.379.477	
Rheinland- Pfalz	BÜCHEL			12.714.956	23.270.980	10.780.881		49.378.509	43.342.604
	GERMERSHEIM	10.112.224							
	KOBLENZ	14.142.855	23.701.031	15.494.613	15.706.448	23.596.027	23.222.339	38.027.273	
	LAHNSTEIN			33.446.933					
	MAINZ				10.306.279		14.630.911	13.045.251	
	MAYEN							12.855.813	
Schleswig- Holstein	ECKERNFOERDE	15.191.282				10.412.235		12.732.759	
	FLENSBURG						10.222.276		
	KIEL	11.121.232	13.604.284	17.324.751	17.477.600	13.554.297	11.911.701	11.917.939	
Sachsen	DRESDEN						10.885.605		
	ZEITHAIN		10.298.928						
Sachsen- Anhalt	GARDELEGEN	32.550.149	28.823.940	28.203.578	16.962.835				
Thüringen	ERFURT	10.428.491							

Anlage

**Drucksache 20/11831**

– 3 – Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode

---

\* Stand 10. Juni 2024

